

Liebe Leserinnen und Leser,

Elite Uni, KIT, Studiengebühren, Vollversammlung, Boykott, Weihnachten, U-Modell Wahlen, Bachelor & Master Einführung, Professorenstreit am Geschichtsinstitut, UniFest, KVV StudiTicket, Kindergeldkürzung - damit beschäftigt sich momentan der UStA. Einer der spannendsten Punkte wird sicherlich Weihnachten sein und ob man dort die fehlenden Geldbeträge für das nächste Jahr einholt.

In diesem U-Mag werdet Ihr eine Übersicht über die Hochschulpartei-landschaft bekommen. Hier könnt Ihr Euch für die anstehenden Wahlen des unabhängigen Modells informieren. Wenn Ihr Euch nach der Lektüre immer noch nicht für eine Liste entscheiden konntet, dann geht trotzdem wählen. Eine hohe Wahlbeteiligung verbessert die Position der studentischen Vertreter

an der Uni.

Die neuen Frauenreferentinnen und der neue Finanzreferent des UStA werden sich vorstellen. Wenn Ihr Euch auch in der Studierendenschaft engagieren wollt, dann bewerbt Euch bei uns als DruckereibeauftragteR. Oder werdet selbst ReferentIn. Der etwas andere HiWi-Job.

Wie Ihr seht, bewegt sich bei uns gerade einiges, weshalb wir auch eine Bitte an Euch haben: Wir brauchen noch Helfer beim UniFest am 27.01.07. Noch habt Ihr die freie Auswahl. Schaut einfach bei uns vorbei.

Natürlich bekommt Ihr in unserem Büro auch aktuelle Informationen zum Stand des Boykotts. Um alle Studierende über den Boykott informieren zu können, brauchen wir noch tatkräftige Helfer, die

Informationen an frau oder man bringen. Interessiert? Dann schreib an info@usta.de.

Am 26.01.07 könnt Ihr Euch mit den anderen Hochschulen zusammen vor dem Bundesverfassungsgericht versammeln und bedanken. Wir halten eine Mahnwache zum Jubiläum der Ablehnung des Hochschulrahmengesetzes 2005, dass die Einführung von Studiengebühren ermöglicht hat.

Angesichts der anstehenden Lern- und Klausurenphase zum Ende des Semesters setzen wir unsere Serie über Lerntechniken fort. In dieser Ausgabe erfahrt Ihr mehr über das richtige Wiederholen. Und für weltpolitisch Interessierte gibt es Teil 2 der Geschichte des Nahostkonfliktes.

Euer UStA

INHALT

Impressum.....	2
Vollversammlung.....	3
Administrator gesucht.....	4
Demo in Karlsruhe.....	5
Human Rights reserved.....	6
Lerntechniken.....	8
U-Modell-Wahl.....	9
Wahlwerbung.....	10
Druckereibeauftragter gesucht	23
Das Frauenreferat.....	24
Boykott-FAQs.....	26
Das Finanzreferat.....	26
Solidaritätserklärungen zum Boykott.....	29
Berliner Rede.....	30
Wer boykottiert sonst noch? ...	32
Nahost-Konklick (Teil 2).....	33
Unifesthelfer gesucht.....	35

IMPRESSUM

Das UStA-Magazin ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgeforderte eingesandte oder vorbeigebrachte Artikel sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder. Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich beim UStA oder eurer Fachschaft.

Redaktion: Boris Bartenstein, Tim Schaffarzyk

Layout: Philipp Glaser, Richard Marbach

erstellt mit „Scribus“

Druck: Studierenden Service Verein (SSV)

Auflage: 2500 Exemplare

Titelbild:

Fotos: UStA

V.i.S.d.P.: Boris Bartenstein

UStA der Universität Karlsruhe

Adenauerring 7, 76131 Karlsruhe

Tel.: 0721/608-8460

<http://www.usta.de/>

umag@usta.de

NEWSLETTER

Du möchtest immer über die neuesten Aktivitäten und Aktionen des UStAs auf dem Laufenden sein? Dann kannst Du Dich in unseren Newsletter (news@usta.de) eintragen.

Themen des Newsletters sind beispielsweise:

- Termine für Feste, Veranstaltungen oder Aktionen
- Aufrufe zur Mitarbeit (Helfer für die Feste, Jobs im UStA/SSV, Teilnahme an Aktionen)
- Pressemitteilungen des UStA

Anmelden kannst Du Dich auf unserer Homepage

<http://www.usta.de/>

[standard.php/newsletter.html](http://www.usta.de/standard.php/newsletter.html)

Die studentische Vollversammlung

Vollversammlung an der Elite-Uni – ein Wintermärchen

von Nadine Ernst

Es war einmal eine Landesregierung, die Studiengebühren einführt. Und es gab viele Studierende, die das zwar nicht so toll fanden, aber dachten, dass man eh nichts mehr bewirken könne, da das Gesetz ja bereits beschlossen sei. Doch unter den Studierenden gab es auch solche, die der Meinung waren, dass man nicht kampflos aufgeben dürfe. Das waren genau diese, die sich regelmäßig im UStA einfinden, im StuPa ihre Studis vertreten oder auch Leute, die sich vor längerer oder kürzerer Zeit in einem Arbeitskreis namens „Anti500“ einfanden. Diese Menschen fanden, dass es nicht die richtige Schlussfolgerung sein kann, selbst auch nichts zu machen, nur weil ansonsten auch nur wenige aktiv sind.

Willens, etwas zu unternehmen, wuselten nun die ganzen Leute aufgeregt herum. Doch was konnten sie tun? Da kam aus vielen Teilen des Landes eine Antwort: Gebührenboykott.

Doch was war das? Wie sollte so etwas funktionieren? Und wer es bezahlen? Und wer es durchführen? Und wie bringt man die vielen Infos an die Studierenden?

Fragen über Fragen, und auf jede wurde in den folgenden Wochen eine Antwort gefunden. Doch die letzte Frage, die ist die, über die nun ausführlich berichtet werden soll.

Es gibt keine bessere Möglichkeit, Studis zu informieren und ein direktes Feedback zu bekommen, als bei einer Vollversammlung. Also rafften sich die fleißigen Leute auf, bereit zu neuen Taten, und arbeiteten wie wild an Flyern, Plakaten, Stellwänden und bequasselten die Studierenden bis ihre Münder trocken waren und der 30. November plötzlich da war. Unzählige hatten man erklärt, dass es wichtig sei, sich zu informieren, dass eine Vollversammlung nur Sinn macht, wenn auch voll

viele Studis da sind, dass es noch nicht zu spät sei, sondern ein Boykott die letzte Chance, Studiengebühren zu verhindern.

Doch würden wirklich viele kommen? Hatte sich die Arbeit gelohnt? Oder sollte am Ende die ganze Mühe umsonst gewesen sein? Aufregung überkam die Organisatoren und auch die vielen fleißigen Helferlein.

Doch als sich die Hallen des StuPa füllten, keimte erneut Hoffnung auf. Immer mehr und mehr Studierende strömten in die Mensa, sogar Professoren und Dozenten tauchten auf und bekundeten Interesse für das Tun ihrer Studenten.

Manche waren regelrecht überwältigt von der Menge und dem tollen Gefühl, dass die Studierenden sich doch dafür interessieren, welche Möglichkeiten sie haben und was künftig so an der Uni passieren kann. Die Mühe hatte sich also doch gelohnt! Während das StuPa-Präsidium und der UStA-Vorsitz die Studis darüber informierten, wie ein Boykott ablaufen würde, versuchten zwei kleinere Leute, sich durch die Menge wühlend, die vielen Menschen zu zählen. Dabei hatten sie ordentliche Probleme und führten nach der ersten Zählung noch eine zweite durch, da sie die Zahl gar nicht fassen konnten: mehr als 1900 Studierende waren in der Mensa, einzelne von ihnen bekundeten in der Zwischenzeit Begeisterung und Zustimmung oder Misstrauen, Zweifel vorne an der Leinwand. Fragen wurden beantwortet, bis die Fakten jedem verständlich waren.

Nun ging es um die Abstimmung:

Welchen Arbeitsauftrag würde die Studierendenvertretung von ihren Studis erhalten? Wie würden die kommenden Monate aussehen? Sollten wie gehabt das Unifest und die U-Modell-Wahlen im Januar das Hauptanliegen des UStA sein oder würde es noch eine weitere Aufgabe geben?

Die Antwort der Studierendenschaft fiel so deutlich aus, wie es nur



Volles Haus: Für viele gab es nur noch Stehplätze

ging: mit 20 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen wurde für einen Boykott gestimmt.

Diese Antwort war klar und wurde mit lautem Jubel noch unterstützt.

Nach der Versammlung leerten sich die Hallen schnell wieder, bis auf ein Träubchen Frauen die mitbekommen hatten, dass im Anschluss eine Frauenvollversammlung stattfinden sollte.

Nun wird weiter daran gearbeitet, dass der Boykott ordnungsgemäß und mit hoffentlich riesiger Beteiligung stattfinden kann.

Wer selbst Lust hat, sich mit den anderen fleißigen Leuten zu engagieren, kann sich gerne im UStA oder bei Anti500 melden.

Und die Moral von der Geschichte: Studiengebühren zahl'n wir nicht!

Netzwerk-AdministratorIn

Der Unabhängige
Studierendenausschuß
sucht eine(n) neue(n)
Administrator(in)

- Der etwas alternative
Soft Skill Erwerb!

- Ausnahmen sind bei uns
die Regel!

- Studium ist schön, aber
wo ist die Praxis?
Bei uns!

- Perfekt nicht nur für
Infos und andere
Spielkinder



Was wir brauchen:

Der UStA sucht für seine Rechnerinstallation eine(n) neue(n) Administrator(in). In Zusammenarbeit mit unserem Internet-Serveradmin sind rund ein Dutzend Linux-Rechner, die als Arbeitsstationen verwendet werden, sowie ein Linux-Server zu betreuen.

Grub, modprobe, sys5-init, run-parts, sudo, /etc-Synchronisierung, X.Org, OpenGL, Windowmanagers, Firefox, Thunderbird, OpenOffice.org, Scribus, mutt, Passwort vergessen, gaim, Shells, Perl, debconf, apt, dpkg, DHCP, DNS, bind, RAID, headcrash, NFS, YP, USB, UPS, FTP, OpenSSH, rsync, CVS, SVN, gcc, FriWahl, CUPS, Papierstau, imaps, gnupg, malte, ftp-proxy, FSphp, Mediawiki, Stromausfall, SQL, smtp, procmail, SpamAssassin, frozen-bubble, Majordomo, apache, PHP5, Jabber, Paketfilter, tcpdump, identd, wine, InDesign, LexWare - damit's im UStA läuft, muss 'ne Menge laufen.

Klingt das spannend? ...

dann melde dich doch bei uns, per Mail info@usta.de oder Tel. 608-8460

Bundesweite Demo in Karlsruhe am 26.1.

Für eine freie Bildung - GEGEN STUDIENGEBÜHREN

Von Andrea Spycalski

Am 25.12.2005 wurde in Baden-Württemberg ein Gesetz zur Einführung von Studiengebühren verabschiedet. Dies hat nun zur Folge, dass ab dem kommenden Sommersemester 2007 alle Studierenden pro Semester zusätzlich zu den bereits zu zahlenden Studentenwerks- und Verwaltungs-kostenbeiträgen noch 500 Euro zahlen müssen. Hierbei wird weder das eigene noch das elterliche Einkommen berücksichtigt.

Wir sind der Meinung, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, die Möglichkeit haben muss, an Bildung zu gelangen!

Des Weiteren kommt noch hinzu, dass trotz aller Beteuerungen seitens der Landesregierungen es zudem zu mittelfristigen Kürzungen der Zuweisungen an die Hochschulen kommen wird. Wie der internationale

Vergleich zeigt, werden immer höhere Gebühren den immer weiter fortschreitenden Rückzug der Länder aus ihrer Bildungsverantwortung ausgleichen müssen.

Wir sind der Meinung, dass die Verantwortung für die Qualität der Hochschulen auch weiterhin in den Händen der Länder liegen muss und diese sich nicht durch die Privatisierung des Bildungssektors aus der Affäre ziehen dürfen!

Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht. Aus diesem Grund muss Bildung für jeden frei zugänglich sein, unabhängig von seiner finanziellen Situation. Eine funktionierende Demokratie braucht eigenständig denkende Bürger.

Wir sind der Meinung, dass der Weg zu einer freien Bildung und so-



Demo letztes Jahr in Stuttgart

mit auch zur Hochschule weitestgehend hürdenfrei gestaltet sein muss!

Isoliert kann dieser Protest nicht gelingen. Wir sind auf die Solidarität aller gesellschaftlich fortschrittlichen Kräfte angewiesen.

Und dafür machen wir uns stark und gehen frei nach dem Motto „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“ auf die Straße. Am 26.01.2007 um 14 Uhr starten wir am Karlsruher Hauptbahnhof.

Anzeige

SSV

StudierendenServiceVerein e.V.

Druckerei

"Von Studierenden für Studierende", nach diesem Grundsatz bieten wir individuelle Druckerzeugnisse zu günstigen Preisen. Auch dieses UMAG entstand bei uns.

Interessiert? Für Beratung und Angebot stehen wir telefonisch unter (0721) 608 8460 oder per Mail an druckerei@usta.de zu Ihrer Verfügung.

Angebot #1: Flyer A6. Auflage 1.000 St. beidseitig s/w bedruckt auf farbigem Karton.
nur 24,24 Euro

Angebot #2: Klausur in Heftform A4, 8-seitig, Auflage 250 St., auf matt-weißem Papier aus 100% Sekundärfasern, rückendrahtgeheftet.

nur 52,15 Euro

Angebot #3: Zeitschrift A5, 16-seitig, Auflage 1.000 St., s/w, Umschlag 4-farbig, auf matt-hoch-weißem Papier(holzfrei), rückendrahtgeheftet.

Nur 477,27 Euro

www.usta.de/druckerei

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer, Irrtümer und Änderungen vorbehalten

Human Rights reserved?

von Dorothee Rempf

Die Annahme der universellen Gültigkeit von Menschenrechten liegt der weltweiten Menschenrechtsarbeit zu Grunde. Doch wie steht es mit dem weltweiten Verständnis von Menschenrechten? Eine Annäherung zu Antworten auf diese Frage sollte ein binationales Treffen deutscher und russischer Studenten in St. Petersburg bieten. Von Dorothee Rempfer und Katrin Stern Unter dem Titel Human Rights reserved gestalteten die zwei Karlsruher Geschichtsstudentinnen Ekaterina Makhotina und Nina Theofel zusammen mit dem Jurastudenten Igor Belosoerew von der Staatsuniversität Krasnojarsk ein Projekt zum Thema Menschenrechte.

Seit Januar 2006 trafen sich in den Universitäten Karlsruhe und Krasnojarsk (Russland) Studenten verschiedener Fachrichtungen und befassten sich mit der Menschenrechtsproblematik mit speziellem Fokus auf die Menschenrechtslage in Tschetschenien. Unter der Leitung von Ekaterina Makhotina und Nina Theofel fanden auf deutscher Seite mehrere Seminartage statt. Ihrer hervorragenden Einarbeitung in die Thematik und Referaten der acht Seminarteilnehmer ist die eingehende Beschäftigung mit der historischen und begrifflichen Entwicklung der Menschenrechte und der Medienberichterstattung des Tschetschenienkonflikts zu verdanken.

Die Karlsruher Studentengruppe war über die inhaltliche Arbeit hinaus auf Exkursionen in der Region aktiv. Bei einer Aufzeichnung einer Radiosendung des SWR über die aktuelle politische Lage in Tschetschenien und dem Kinderhilfsprojekt „Kleiner Stern“ von Barbara Gladysch in Grosny, einer Podiumsdiskussion über die Pressefreiheit in Russland im Rahmen der Kulturtage Karlsruhes, einer Ausstellungseröffnung mit Podiumsdiskussion zur Lage in

Tschetschenien in Baden-Baden sowie einer Ausstellungseröffnung des tschetschenischen Journalisten Musa Sadulajew ebenfalls in Baden-Baden (...), erfuhr das erarbeitete Wissen eine lebendige Erweiterung. Auf russischer Seite wurde die Gruppe von Igor Belosoerew in Krasnojarsk angeleitet.

Mit vielen Informationen über die Menschenrechtsgeschichte allgemein sowie zum Diskurs um Tschetschenien präpariert, reiste die Gruppe Ende Juni in gespannter Erwartung nach St. Petersburg, um sich dort mit der russischen Gruppe zu einem fünftägigen Seminar zusammen zu finden. Thema dieses fünftägigen Seminars waren Menschenrechtsverletzungen vs. Menschenrechtsschutz, Menschenrechte vs. Sicherheit sowie die Thematisierung des Tschetschenienkonfliktes mit besonderer Gewichtung auf die jeweilige Presseberichterstattung.

Anfänglichen (Sprach-)Schwierigkeiten und unterschiedlichen Erwartungen an das Seminar konnten durch die Übersetzungshilfe durch die Leiterin des Projekts, E. Makhotina, und mit verschiedenen Methoden sowie der Erstellung eines Regelkatalogs zur besseren Kommunikation begegnet werden.

Im Gespräch, den Gruppenarbeiten und vor allem in der Diskussion zu verschiedenen relevanten Themen offenbarten sich schnell national unterschiedliche Einstellungen und Ansichten. Heiß diskutiert wurde beispielsweise die Frage, ob sich Angela Merkel und Wladimir Putin über die Einhaltung von Menschenrechten in den jeweiligen Ländern äußern sollten. Schwierigkeiten bereitete bei diesen Diskussionen vor allem, dass sich die russischen Studenten schnell persönlich angegriffen fühlten. Für Überraschung sorgte der allgemeine Konsens in der russischen Gruppe, dass die Lage der Menschenrechte in

den einzelnen Ländern kein international zu verhandelndes Thema sei. Übereinstimmend war ebenfalls ihre Ablehnung gegen eine internationale Einmischung in den Konflikt in Tschetschenien. Wirtschaftliche Interessen seien Motoren der internationalen Agitation westlicher Staaten und damit auch eine Motivation sich mittels NGO's für die Achtung der Menschenrechte in anderen Regionen einzusetzen. Man fürchte hinter dieser Menschenrechtsarbeit immer noch den Wolf im Schafspelz. Dass diese Meinung nicht nur unter den Studierenden vertreten ist, zeigte ein Zeitzeugengespräch mit zwei älteren russischen Damen und einem in Russland lebenden Tschetschenen, der ebenfalls Teilnehmer im Seminar war. Alle waren der Meinung, dass die Lösung des Konflikts Sache des russischen Staates sei.

Für weitere Überraschung sorgten die doch stark national unterschiedlichen Einstellungen zu Themen wie der Pressefreiheit, der Zugang zu unabhängiger Information sowie die Gerechtigkeit der Justiz. Die Gespräche verdeutlichten den deutlichen Unterschied zwischen vorhandenen Gesetzen und der Realität, die in Russland oft stark variieren. Auch wenn sich die russischen Jurastudenten bei verschiedenen Bereichen auf die vorhandenen gesetzlichen Regelungen beriefen, gewährt deren Existenz noch lange nicht ihre Einhaltung, wie die russische Realität immer wieder zu beweisen weiß. Selbstzensur, die Journalisten schon beim Schreiben betreiben, Repressalien gegen Journalisten und deren Verschwinden sind Themen, die speziell aus dem kritischen Blickwinkel der deutschen Seminarteilnehmer in die Diskussion eingebracht wurden.

So entstand allgemein der Eindruck, dass die deutschen Studenten ein wesentlich kritischeres Verhältnis zum deutschen Staat aufweisen und auch die Menschenrechtsver-

letztungen nicht unter den Deckmantel der Staatsräson kehren. Anders dagegen die russischen Teilnehmer, die sich deutlich stärker in einer Abwehrhaltung wiederfanden und ein weniger distanziertes Verhältnis zur eigenen Regierung aufwiesen. Gerade diese unterschiedlichen Einstellungen konnten das Seminar auf unerwartete Weise gewinnbringend gestalten. Der von

der deutschen Gruppe stärker erwartete Informationsaustausch kam zwar so nicht zustande, die unterschiedlichen Zugänge zum Thema der Menschenrechte kristallisierten sich allerdings auf eindrückliche Weise in der gemeinsamen Arbeit heraus.

Finanziell gefördert wurde das Projekt „Human Rights reserved“ vom Theodor-Heuss-Kolleg der

Robert-Bosch-Stiftung. Auch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ unterstützte das Projekt in beiden Ländern mit Geldern aus dem stiftungseigenen Zukunftsfonds. Zudem erhielt das Projekt Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung und dem Institut für Geschichte an der Universität Karlsruhe.

Argumente gegen Studiengebühren

Drittes Argument: Studiengebühren sind sozialverträglich

von Richard Marbach

Falsch! Studiengebühren führen zu sozialer Selektion. Schon jetzt ist der Anteil der Studierenden aus Familien mit durchschnittlichem oder unterdurchschnittlichem Einkommen sehr gering. So kommen laut der 17. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks 37% der Studierenden aus der Herkunftsgruppe hoch, während nur 12% der Studis aus der Gruppe niedrig kommen.

Ziel der Politik sollte es sein diese Schieflage zu beseitigen, statt durch die Einführung von Studiengebühren zu zementieren. Das aktuelle Ge-

bührengesetz wird diese Schieflage jedoch noch weiter verstärken. Es führt mittels des verzinsten Darlehens (Zinssatz z.Z.: 7,2%) dazu, dass Studierende, die die Gebühren sofort zahlen können, deutlich weniger zahlen als Kreditempfänger. Aus diesem Grund und vor allem auch aus Angst vor Überschuldung werden deutlich weniger potentielle Kreditempfänger ein Studium aufnehmen. Ein sehr gutes Beispiel für diese Entwicklung ist Nordrheinwestfalen. Dort wurden für Erstsemester bereits zu diesem WS Studiengebühren eingeführt. Das hat zu einem deutlichen Rückgang der Anfängerzahlen geführt. Gleichzeitig haben auch

weniger Anfänger als erwartet einen Kreditantrag gestellt.

Das Zurückgehen der Anfängerzahlen hat die direkt Konsequenz, dass mehr Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt drängen und den aktuellen Mangel an Ausbildungsplätzen weiter verschärfen, und führt dazu, dass Hauptschüler noch schwerer einen Ausbildungsplatz finden. Letztlich heißt das, dass Menschen aus bildungsarmen Schichten immer weiter von der Bildung entfernt werden. Studiengebühren führen also zu einer Reproduktion des Bildungsbürgertums und sind damit in keinster Weise sozialverträglich.

Anzeige

Boykott-T-Shirts
Stell dir vor es gibt Studiengebühren und keiner zahlt

Zeig, dass Du dazu gehörst. Nur für kurze Zeit erhältst Du im UStA dieses T-Shirt, mit dem Du zeigen kannst, dass Du dich im Kampf gegen die Studiengebühren noch nicht geschlagen gibst.



**Modisches
Boykott-T-Shirt
nur 2,50 Euro**

**Nur solange der
Vorrat reicht**

Lerntechniken, zweiter Teil

In dieser Ausgabe geht es um effizientes Wiederholen des Lernstoffes

von Nadine Ernst

Im ersten Teil dieser Reihe über die richtigen Lerntechniken ging es um Konzentration, Motivation und visualisiertes bzw. mehrkanaliges Lernen. Nun geht es um das richtige Wiederholen. Wir haben im Seminar so oft gehört, dass die Wiederholung die Mutter aller Methoden sei, dass wir das wohl niemals vergessen werden.

Zu vergessen ist einerseits die Voraussetzung für Lernen, weil wir die meisten der Sinneseindrücke die jede Sekunde auf uns einströmen, vergessen müssen, andererseits aber auch das größte Hindernis beim Lernen. Von der ersten Aufnahme eines Lerninhaltes bis 20 Minuten danach vergessen wir bereits 30-45 % dessen, was wir uns eigentlich merken wollten. Über einen Tag vergessen wir davon 50-65 %, nach einer Woche wissen wir lediglich noch 70-75 % und nach einem Monat haben wir ungefähr 80 % bereits vergessen.

Doch wie lässt sich das verhindern? Wie soll mein Gedächtnis, das eher einem Sieb gleicht, auf einmal Spitzenleistungen vollbringen damit ich mir endlich (endlich, endlich...!) merken kann, wann ich den Mann Whitney-U-Test anwenden muss?

Vielleicht geht es manchem so wie mir, ich habe krampfhaft versucht, mir eine Information in den Kopf zu hämmern, und trotzdem wusste ich nach einer halben Stunde nicht mehr als vorher. In solchen Fällen ist der Erfolg deshalb so gering, weil man a) selten in den richtigen Zeitabständen wiederholt und b) immer gleich unstrukturiert an die Sache herangeht.

Aber wie funktioniert es nun, richtiges und effektives Wiederholen?

Erstmal gehe ich auf die Zeitabstände ein, anschließend auf die richtige Technik. Damit Informa-

tionen vom Ultrakurzzeitgedächtnis ins Kurzzeitgedächtnis gelangen, muss innerhalb kürzester Zeit zum ersten Mal wiederholt werden. Dafür sind Wiederholungen im Sinn, also nicht laut ausgesprochen, gut geeignet. Diese Wiederholungen sollten jedoch nicht länger als 1,5 Sekunden pro Sinneinheit dauern, das ist genau die Zeitspanne, die unser Gehirn gut aufnehmen kann. Die nächste Wiederholung sollte dann den kommenden Tag stattfinden und anschließend in immer längeren Abständen. Wenn man Inhalte im Langzeitgedächtnis gespeichert hat und Informationen abrufen kann wenn man sie braucht, muss man anschließend dafür sorgen, dass sie das auch bleiben. Das bedeutet also, alle paar Wochen das Gelernte zu wiederholen. Davon ausgeschlossen sind Inhalte, die regelmäßig angewendet werden, da die Anwendung ja auch eine Form der Wiederholung ist. Ein Beispiel dafür: in der Schule lernt man deutsche Grammatik. Die Regeln dafür werden durch ihre Anwendung wiederholt. Deshalb vergessen wir sie nicht, zwar die Wortlaute, da wir diese nicht mehr wiederholen, aber die Regel als solche bleibt gespeichert. Was man dazu noch wissen sollte: Inhalte die man ohne Probleme abrufen kann, brauchen nicht wiederholt werden. Deshalb ist auch der Rat vieler Eltern bei den Hausaufgaben ihrer Sprösslinge, "Wiederhol das ruhig noch einmal, es kann ja nicht schaden" eher unsinnig. Denn wenn unser Gehirn Informationen bereits gespeichert hat, schaltet es ab wenn es Wiederholungen gibt.

Eine weitere wichtige Regel zum Wiederholen: regelmäßiges und intensives Lernen, dafür kleinere Einheiten.

Wichtig beim Wiederholen sind Kreativität und die richtigen Techniken. Man sollte versuchen, die Lerninhalte zu ordnen, gruppieren, schematisieren, strukturieren, kategorisieren und hierarchisieren. Damit bringt man mehrere Sinneinheiten in Zusammenhang. Zusammenhänge lassen sich immer leichter merken als einzelne, lose Informationen.

Um zu Wiederholen, kann man mehrere Techniken anwenden. Da wäre zum einen das Wiederholen im Kopf, also das Abrufen von Informationen ohne sie auszusprechen. Außerdem kann man Mind Maps erstellen, also Inhalte graphisch strukturieren und Zusammenhänge besonders bildlich darstellen. Zusätzlich kann man selbst gemachte Mind Maps an einer Stelle aufhängen an der man regelmäßig vorbeikommt und so "im Vorbeigehen" lernen.

Beim Ordnen von Informationen kann man unter verschiedenen Aspekten ordnen und Gesetzmäßigkeiten einbauen. Der Vorteil dabei ist, dass man auf diese Art und Weise auch die Merkpfade mitlernt, also die Wege unseres Gedächtnisses, die zu der gelernten Information führen.

Wenn ihr nun die hier beschriebenen Regeln und Techniken anwendet, habt ihr sie ja vielleicht schon für die Klausurenphase verinnerlicht. Viel Erfolg damit!



Fürchtet euch nicht

Wählen?

Was?

~~vom 15. - 19. Januar~~
~~Studierendenparlament~~
~~Fachschaftssprecher~~
~~Frauenreferat~~
~~Ausländerreferat~~

Studierendenparlament (StuPa):

Das beschlussfassende Organ der Studierendenschaft hat 25 Mitglieder, tagt alle zwei Wochen und verabschiedet den Haushalt und Positionspapiere. Außerdem wählt es den UStA.

Fachschaftssprecher:

Die Vertreter der Fachschaft im unabhängigen Modell, die Anzahl ist abhängig von der Wahlbeteiligung.

Frauenreferat:

Ein autonomes Referat des UStA, welches sich für die Interessen der Frauen an der Uni Karlsruhe stark macht.

AusländerInnenreferat:

Ein autonomes Referat des UStA, welches sich für Ausländer an der Uni Karlsruhe einsetzt.

Warum?

Eine große Beteiligung legitimiert das unabhängige Modell und ist ein Zeichen der Anerkennung für die Fachschaftsarbeit.

Außerdem hat eure Stimme einen großen Einfluss auf die Entscheidungen des StuPa und des UStA, da ihr mit eurer Stimme deren Zusammensetzung beeinflusst.

Ich kenn da keinen!

Trotzdem ist jeder abgegebene Wahlzettel wichtig, um die Wahlen zu unterstützen.

Wer sich trotz der Wahlprogramme nicht entscheiden kann/möchte, sollte dann einen leeren Zettel abgeben.

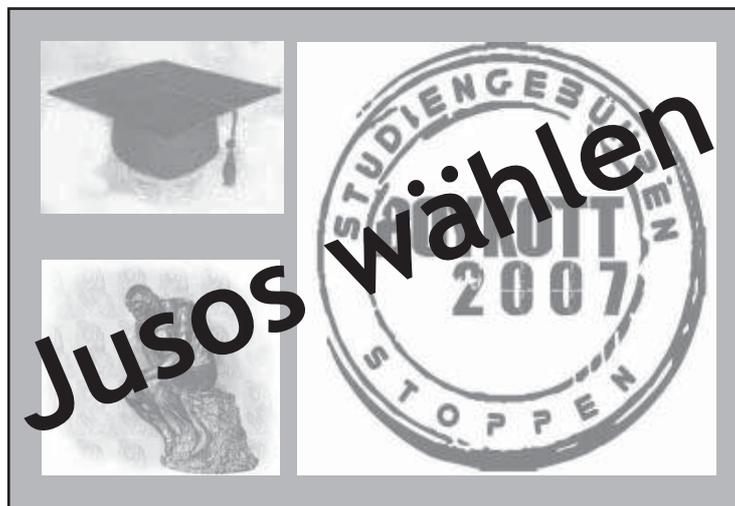
Auf den nächsten Seiten findet ihr die Anzeigen der Listen, die zur Wahl des Studierendenparlamentes antreten. Für die Wahlwerbung sind die Listen verantwortlich.

vom 15. - 19. Januar 2007

WAHLEN

ZUM STUDIERENDENPARLAMENT

in der Mensa und den Fachschaften



**Für einen Ausbau der Geisteswissenschaften!
Für den Boykott der Studiengebühren!
Für eine gerechte Umsetzung des Bachelor-/ Master-Systems!**

Geisteswissenschaftliche Studiengänge sind Voraussetzung für den Status als Universität; momentan ist dieser Studienbereich jedoch stark unterrepräsentiert. Wir fordern einen Ausbau der Geisteswissenschaften für die Sicherung unseres Universitätsstatus.

Der Kampf gegen Studiengebühren ist seit Jahren unser größtes Anliegen. Deshalb haben wir den Boykott von Anfang an unterstützt. Unterstützt Ihr uns, unterstützt ihr den Boykott.

Die Umstellung auf die neuen Studienabschlüsse ist unausweichlich, die konkrete Umsetzung ist jedoch noch offen. Wir wollen uns einsetzen für eine Realisierung im Sinne der Studenten, die nicht nur die Interessen der Hochschule berücksichtigt.

**Wählt vom 15. bis 19. Januar 2007 die Liste der
Juso-Hochschulgruppe - Sozialdemokraten!**

Für linke Politik im Studierendenparlament!

Juso-Hochschulgruppe

Sozialdemokraten



Listenplatz 1

Michael Fischer
Sprecher der
Juso-Hochschulgruppe

Geschichte/Multimedia

Listenplatz 2

Boris Bartenstein
UStA-Vorsitzender der Uni-
versität Karlsruhe

Maschinenbau



Listenplatz 3

Jasmin Sille

Germanistik/Kulturarbeit

Listenplatz 4

Christoph Hartmann
stellv. StuPa-Vorsitz

Maschinenbau



Listenplatz 5

Peter Michl

Wirtschaftsingenieurwesen

Listenplatz 6

Christian Eheim

Geschichte/Multimedia



Listenplatz 7

Annika Baetge

Musikwissenschaft

Listenplatz 8

Christopher Prohm

Physik



Listenplatz 9

Marcel Spurny

Physik

Listenplatz 10

Michael Pfennig

Wirtschaftsingenieurwesen



Listenplatz 11

Patrick Scheu

Wirtschaftsingenieurwesen

Listenplatz 12

Michael Schmidt

Euklid/Kulturarbeit



liberal *

*Die Grundlagen liberaler Politik stellen den Einzelnen in den Mittelpunkt. Der Staat sollte so wenig wie möglich durch Reglementierungen in das Leben des Einzelnen eingreifen. Seine Aufgabe ist es, die Bürger- und Freiheitsrechte zu sichern. Damit die Bürgerrechte nicht nur auf dem Papier existieren, hat der Staat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Bürger seine potenziellen Möglichkeiten auch wahrnehmen kann. Dazu gehört eine Angleichung der Startchancen und auch eine soziale Verantwortung.

Die starke Repräsentanz von Bildungsbürgern unter liberalen Politikern hat dazu geführt, dass liberale Politik schon immer auf das Engste mit Bildungspolitik verknüpft war.

Das Ziel der „Bildung für alle“ und Humboldts Ideal von freier Forschung und Lehre reichen bis in die heutige Zeit und haben die deutsche Hochschullandschaft entscheidend geprägt.

Auf der anderen Seite stellt gerade Bildung eine Voraussetzung für liberale Politik dar. Diese versetzt den Menschen dazu in die Lage, sein Tun, seine Herkunft und seine Umwelt kritisch zu reflektieren und seine Verantwortung zu erkennen.

Erst auf diese Weise entsteht eine pluralistische Gesellschaft voller Meinungsvielfalt, die für die Demokratie so wichtig ist. Im Sinne einer solchermaßen verstandenen liberalen Politik haben sich in der Liberalen Hochschulgruppe Studierende zusammengeschlossen, die sich gemeinsam für die Bewahrung und den Ausbau der Freiheit an den deutschen Hochschulen einsetzen.

*Die Liberale Hochschulgruppe trifft sich jeden zweiten Montag um 20 Uhr zu einem gemütlichen Beisammensein und politischer Diskussion.

Die nächsten **Termine**:

8. Januar 2007 im Irish Pub am Marktplatz / Zähringerstrasse

22. Januar 2007 in der Zwiebel, Durlacher Allee

5. Februar 2007 im Studentenzentrum Z10, Zähringerstrasse

Gäste sind herzlich willkommen!

aktiv*

*Wir Liberale treten aktiv in den akademischen Gremien und in den Organen der Studierendenschaft für Deine Interessen ein.

*Unsere Kandidaten für das Studierendenparlament 2007/2008:



Simone Szurmant Sebastian Marsching Sonja Worch Andreas Ullrich

*und Christoph Bier, Claudia Niemeyer, Robert Eber, Anna Bogutzki, Jakob Schult, Andreas Orth, Jan Rauland, Christian Doppler, Henning Wechsung und Sebastian Walther

*Wir setzen uns ein:

*für an den Leistungen der Universität und dem konkreten Angebot für Studierende orientierte Studienentgelte statt der pauschalen und nur auf dem Papier den Studierenden zu Gute kommenden CDU-Studiengebühren in Baden-Württemberg

*für transparentere Studienordnungen und die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten hin zu einem selbstbestimmten, modularen Studium

*für pragmatische und vernunftorientierte Entscheidungen innerhalb der Studierendenschaft statt ideologischer Verblendungen

Kontakt: lhg@uni-karlsruhe.de

Weitere Infos über die Liberale Hochschulgruppe in Karlsruhe findet ihr im Internet unter:

www.breitseite.org



Liberale Hochschulgruppe

Der RCDS - die pragmatische Alternative

Der RCDS ist eine der politischen Hochschulgruppen in Karlsruhe und als solche aktiv im studentischen unabhängigen Mitbestimmungsmodell der Universität Karlsruhe beteiligt. RCDS steht für Ring Christlich Demokratischer Studenten.

Wir sind der älteste und mit Abstand größte deutsche Studierendenverband und bisher mit 4 von 25 Mitgliedern im Studierendenparlament vertreten!

10 Gründe RCDS zu wählen!

Diesmal RCDS weil:

- wir ein BAföG System wollen, das allen offen steht,
- wir für die gerechte Verwendung von Studiengebühren eintreten,
- wir uns auch in Zukunft gegen Kürzungen der Landesausgaben für Bildung einsetzen werden,
- wir uns dafür einsetzen, dass Bachelor und Master nicht undurchdacht eingeführt werden,
- wir für einen größeren Wettbewerb der Hochschulen eintreten,
- wir eine Studentenvertretung wollen, die ihren Namen auch verdient und alle Studierenden einbindet,
- wir in Verhandlungen mit dem Ministerium eure Interessen wahrnehmen, anstatt sinnlose Demos zu organisieren
- wir gegen einen Zwangssemesterbeitrag an den AStA sind,
- wir gegen eine linke Ideologie im UStA angehen,
- wir unsere Aufgaben für euch ernst nehmen!



Unsere Kandidaten für das Studierendenparlament stellen sich euch vor:



Heinz Geißmar (Wirtschaftsingenieurwesen 3. Semester):

“Mir ist eine kompetente und schlagkräftige studentische Interessensvertretung wichtig, welche in der Lage ist, als verlässlicher und ggf. kritischer Gesprächspartner mit der Universitätsleitung zu stehen.

Wir müssen unser Mitspracherecht dazu ausnutzen, das Geschehen an unserer Universität aktiv und effizient mitzugestalten. Hierfür sehe ich den RCDS als fähig an.”

Michael Renner (Physik 4. Semester):

„Ich möchte mich für die Belange der Studierenden in Karlsruhe einsetzen. Im Mittelpunkt meines Interesses steht insbesondere die effiziente Verwendung der Studiengebühren“

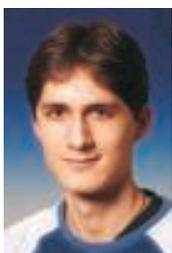


Justus Arne Schwarz (Wirtschaftsingenieurwesen 1. Semester):

“ Ich möchte mich für eine kritische aber konstruktive Hochschulpolitik einsetzen. Besonderen Wert lege ich auf die studentische Mitsprache und Kontrolle beim Einsatz der Studiengebühren.”

Ulrich Lewark (Elektrotechnik 3. Semester):

„Die Studiengebühren sind unsere 500€, daher plädiere ich für Transparenz bei der Verwendung.“



David Salazar Volkmann (Wirtschaftsingenieurwesen 1. Semester):

“Ich will mich im StuPa für eure Bedürfnisse einsetzen und mich aktiv ins politische Hochschulgeschehen einbringen. Hierzu zählt z.B. die gerechte Verteilung der Studiengebühren und somit die Verbesserung der Lehre.”

Andrey Berdichevskiy (Wirtschaftsingenieurwesen 5. Semester):

Ich setze mich ein für direktes Mitspracherecht der Studierenden bei der Verwendung des Universitätsetats. Daher ist für mich eine transparente, die Interessen ihre Wähler repräsentierende Studierendenvertretung unverzichtbar.“





die unabhängigen.

Unabhängige Liste an der Uni Karlsruhe

Für eine demokratischere Hochschule

Für ein gebührenfreies Studium

Für mehr Kultur auf dem Campus

Für eine Verfasste Studierendenschaft

Für eine unabhängige Hochschulpolitik

Gegen die Verschulung der Universität Für das U-Modell

Für Politik ohne Fraktionszwang

Für mehr studentische Selbstverwaltung

Gegen das Dienstleistungsunternehmen Universität

Für neue Ideen Für mehr Gleichberechtigung

Dafür treten an:

Kathrin Beck (Philosophie/Germanistik)

Andie Rothenhäusler (Geschichte)

Maik Luttmann (Euklid)

Christoph Esch (Maschinenbau)

Tobi Hannappel (Maschinenbau)

Sebastian Müller (Maschinenbau)

Verena Müller (Pädagogik)

Sophie Mélix (Architektur)

Vom 15. - 19. Januar sind StuPa-Wahlen.

Wähle unabhängig.



infos gibt es auf www.unabhaengig.tk



die unabhängigen.

Unabhängige Liste an der Uni Karlsruhe

Wer es genauer wissen will...

SELBSTBILD

DIE UNABHÄNGIGEN gründeten sich im Dezember 2006 aus Teilen der Alternativen Liste mit dem Ziel, die erfolgreiche Arbeit der AL in Gremien wie StuPa, UStA und Senatskommissionen auch in der nächsten Legislaturperiode 2007/08 fortzusetzen und zu erweitern.

UMBENENNUNG

Wir haben uns entschieden, eine neue Liste zu gründen, da wir zum einen uns nicht mehr mit der Tradition der Alternativen Liste als ausdrücklich linker Gruppierung identifizieren können, da zum anderen mit dem kompletten Austritt der AL-Generation vor uns im Frühjahr 2006 keine Kontinuität mehr zwischen alter und neuer Liste bestand. Zudem wird sich die Universität in den nächsten Jahren durch Bologna und die Einführung von Studiengebühren deutlich verändern; den neuen Anforderungen, die damit an die hochschulpolitischen Vertretungen der Studierenden gestellt werden, wollen wir mit neuen Ideen und neuen Konzepten entgegentreten können.

UNABHÄNGIGE WAHLALTERNATIVE

Unsere größte Verantwortung sehen wir darin, den Karlsruher Studierenden eine Wahlalternative anzubieten, die weder die bloße Hochschulvertretung einer der derzeitigen Bundestagsparteien, noch in irgendeiner Weise an Fachschafts- oder andere Lobbyinteressen gebunden ist. Vom politischen Spektrum her ist bei unseren Kandidaten von liberal bis sozialistisch oder parteilos alles vertreten, wir sehen uns keiner speziellen Richtung verpflichtet. Unser Hauptziel ist eine pragmatische, kreative und an die Grenzen des Möglichen orientierte Hochschulpolitik, die in erster Hinsicht den Studierenden verpflichtet ist. Desweiteren unterstützen wir das Unabhängige Modell und die Forderung nach einer Verfassten Studierendenschaft.

LEHRE

Wir sind gegen eine Verschulung der Universitäten, eine Begrenzung der Freiheit der Lehre und stehen dem Bologna-Prozess kritisch gegenüber. Die grundsätzliche Entwicklung, an deutschen Universitäten Regeln des Marktes auf die Lehre anzuwenden, wird aus unserer Sicht wenig zur Verbesserung, aber sehr viel zur Verschlechterung der Bildung beitragen. Universitäten sind weit mehr als Produktionsstätten für Bachelorabsolventen und Bildungssuchende weit mehr als bloße Kunden einer Dienstleister-Universität. Diesen Entwicklungen auf allen Ebenen engagiert, aber auch differenziert entgegenzutreten ist eines der großen Anliegen der UNABHÄNGIGEN.

STUDIENGEBÜHREN

Wir sind gegen Studiengebühren und unterstützen im vollen Umfang den Karlsruher AK Anti500 und den Boykott der Studiengebühren zum Sommersemester 2007.

POLITISCHE VERTRETUNG DER STUDIERENDEN

Wir fordern eine Verfasste Studierendenschaft wie in den meisten anderen Bundesländern; Baden-Württemberg und Bayern sind die unnützlichsten Ausnahmen im Bund, die seit den 1970ern ihren Studierenden das Recht auf eine offiziell anerkannte politische Vertretung entziehen. Gerade mit der Einführung von Studiengebühren muss der Ruf nach einem größeren Einfluß der zahlenden Studierenden lauter werden. Bis zu einer zu erhoffenden Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften unterstützen wir das Unabhängige Modell und den Unabhängigen Studierendenausschuss.

MEINUNGSFREIHEIT UND FREIES MANDAT

Wir sind für freie Meinungsäußerung und Meinungsbildung im Allgemeinen und innerhalb unserer Liste: Deswegen gibt es bei den Unabhängigen keinen Fraktionszwang und kein imperatives Mandat.

GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHSTELLUNG AUF DEM CAMPUS

Wir setzen uns (in der Tradition der Alternativen Liste - diese hatte in den letzten Semestern proportional immer den höchsten Frauenanteil, sowohl was Kandidatinnen als auch gewählte Vertreter anging) für Gleichberechtigung von Frauen allgemein und vor allem auf dem Campus ein. Wir stehen einer Wiederbelebung des Frauenreferates und des Frauencafés sehr positiv gegenüber und unterstützen jegliche Bemühungen, die in diese Richtung unternommen werden.

TOLERANTE UNIVERSITÄT

Nach unserem Verständnis hat jeder Mensch - unabhängig seiner politischen, sexuellen, religiösen Ausrichtung oder ethnischen Herkunft - das Recht, sich frei nach seinem Willen zu entfalten, solange er dabei keinem anderen schadet

STUDENTISCHE KULTUR - STUDENTISCHE FREIZEITGESTALTUNG - STUDENTISCHE SELBSTVERWALTUNG

Da das Studium nicht nur bloße Wissensvermittlung für den Arbeitsmarkt, sondern ein eigener Lebensabschnitt ist, sehen wir Hochschulsport, studentische Kultur und Kulturarbeit und (hochschul)politische Betätigung als etwas Wichtiges für alle Studierende an. Die UNABHÄNGIGEN unterstützen die studentischen Zentren, Gremien und Institutionen, seien sie nun kultureller Art (wie z. B. das SKUSS, das Z10, das AKK) oder politisch-sozialer Art (Fachschaften, Hochschulgruppen, Wohnheimsgremien). Zudem wollen wir uns auch in Zukunft für eine Erweiterung der Kulturszene auf und um den Campus einsetzen

Vom 15. - 19. Januar sind StuPa-Wahlen.

Wähle unabhängig.



infos gibt es auf www.unabhaengig.tk

B O M B E R F L I E
G E N , P A N Z E R
R O L L E N , P O L
I Z I S T E N S C H
L A G E N , S O L D
A T E N F A L L E N
, D I E C H E F S
S C H Ü T Z E N ,
D I E A K T I E N
S C H Ü T Z E N ,
D A S R E C H T S
C H Ü T Z E N , D E
N S T A A T S C H
Ü T Z E N . V O R
U N S !

DIE LINKE 
HOCHSCHULGRUPPE

www.linke-hochschulgruppe.de

WIR STEHEN FÜR:

- **EIN EINFACHERES WAHLSYSTEM!**
 - **BOYKOTT GEGEN
STUDIENGEBÜHREN!**
- **EINEN BAGGERSEE INS FORUM!**
 - **QUALITÄT STATT ELITE!**
- **MEHR SPAß IN DER POLITIK!**



**MIT VIELEN
SEMESTERN
ERFAHRUNG
AUS USTA,**

**FACHSCHAFT, STUPA,
BOYKOTT, DEMOS,
BUNDESTAG, STUDIUM U.V.M.**

Grüne Hochschulgruppe Karlsruhe

Die Mitglieder der GHG Karlsruhe setzen sich ein für:

- Erneuerbare Energien
- Das gebührenfreie Studium
- Vermehrten Einsatz von Recycling – Papier auf dem Campus
- Die verfasste Studierendenschaft
- Fair gehandelte Artikel in Cafeterien
- Den Dialog zwischen Studis und Professoren zur Verbesserung der Lehre

Weitere Infos unter: www.ghg-karlsruhe.de

Die Grüne Hochschulgruppe Karlsruhe ist vollkommen unabhängig von der Partei Bündnis90 / Die Grünen. Hier präsentieren sich die ersten fünf Kandidaten unserer Liste.

Thomas Gramer, 26 Jahre, Informatik, 5. Semester



Ich bin Thomas und verbringe meine meiste freie Zeit im Wald oder am Fels. Das ist für einen Informatikstudent vielleicht etwas unüblich, aber so entstand eine enge Verbundenheit zur Natur. "Grüne" Themen sehe ich als selbstverständlich an, weshalb ich mich gedanklich mehr mit sozialen Themen auseinandersetze. Für den hochschulpolitischen Bereich bedeutet das aus aktuellem Anlass natürlich der Gebührenboykott, den ich entschieden befürworte, aber auch die Idee fair gehandelte Produkte auf dem Campus zu vertreiben findet bei mir Anklang.

Julian Hoch, 23 Jahre, Informatik, 5. Semester



Grün ja, aber in Maßen - was für mein Mitagessen gilt, trifft auch auf meine politische Einstellung zu. Ich bin seit 3 Semestern für die GHG im StuPa und bekenne mich zu sozialer Gerechtigkeit, Umweltschutz und schonendem Umgang mit unseren Ressourcen (a.k.a. Nachhaltigkeit). Dabei finde ich es aber auch wichtig, das richtige Augenmaß zu behalten und nicht aus reiner Ideologie zu denken und zu handeln. So stehe ich auch als grün denkender Mensch zu meinem Hobby, dem Motorradfahren - ein Widerspruch ist das nur für den, der "grün" mit "extrem"/"fanatisch" gleichsetzt.

Für mein tägliches Pendeln zur Uni benutze ich aber natürlich mein unmotorisiertes Zweirad - alles andere wäre von meinem Wohnort aus, dem HaDiKo, auch Overkill. Ach ja abschließend, das wollte ich schon immer mal sagen: Wählt mich, und alles wird besser! :)

Tim Schaffarzyk, 23 Jahre, Wiwi, 5. Semester



Moin, seit zwei Jahren bin ich für Euch im StuPa. Unsere Fraktion erreichte u.a. die gebührenfreie Vergabe von Hörsälen für Hochschulgruppen und die Einführung von fair gehandeltem Kaffee im Studentenwerk. Als aktueller Ökoreferent des UStA trete ich ein für die ökologischen und sozialen studentischen Belange. Ich setze mich ein für das gebührenfreie Erststudium und unterstütze daher auch den Studiengebührenboykott. Durch mein Engagement möchte ich weiteren Studierenden vermitteln, dass sich „Ökologie“ und „Ökonomie“ gerade in der heutigen Wirtschaftswelt sehr gut ergänzen. Und das fängt auf dem Campus an.

Alexander Wiegand, 23 Jahre, Physik, 7. Semester



Die Welt ist nicht genug - zumindest reicht eine Welt nicht aus, wenn wir mit den knappen Ressourcen weiterhin so verschwenderisch umgehen wie bisher. Oder keine neuen Quellen erschließen. Dies ist ein Grund weswegen ich mich bei der GHG engagiere. Energie kann auch noch an der Uni gespart werden und mit der Solaranlage auf dem Mensadach hat die Energiewende an der Uni ein sichtbares Zeichen erhalten. Hochschulpolitisch bin ich für eine stärkere studentische Interessenvertretung. Denn wenn wir schon zahlen sollen, dann müssen unsere Belange auch berücksichtigt werden.

Manuel Krings, 25 Jahre, Informatik, 9. Semester



Obwohl nur mit hessischem Abitur ausgestattet, darf ich nun schon im 9. Semester hier in Karlsruhe studieren. Seit einem Jahr bin ich bei der Grünen Hochschulgruppe und für Euch im Studierendenparlament. Gerne möchte ich auch in Zukunft Eure Interessen in diesem Gremium vertreten, zum Beispiel durch die Unterstützung des von Euch auf der Vollversammlung geforderten Boykotts der Studiengebühren. Neben der GHG bin ich als Financer auch im Solar- und Umweltverein Fridericiana aktiv, der die Solaranlage auf dem Mensadach betreibt und die daraus erwirtschafteten Gelder für ökologische Projekte vergibt.



bessere idee?



**Einfache Dinge
verbessern das **Leben!****

**Deine Idee ist gefragt.
Mach Mit!**

Förderung mit bis zu 1000€ für
Solarenergie- und Umweltschutzprojekte
an der Uni Karlsruhe



Bewerbung an
Solar- und Umweltverein
Fridericiana e.V.
c/o UStA Uni Karlsruhe
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe

oder per Mail an
bewerbung@solarfri.de

bis
14. Februar 2007 (Ausschlussfrist)

mehr Informationen
www.solarfri.de



Sarah Bachmann

FachschafflerInnen in das Parlament der Studierendenschaft

Wir sind ...

.. eine unabhängige Hochschulgruppe.

Wir sind keinen politischen Parteien verbunden oder von ihnen abhängig. Wir vertreten kein Parteiprogramm, nur unser eigenes. Wir haben keine ideologisch bedingten Vorurteile gegen irgendeine andere Hochschulgruppe, sondern versuchen auf rationaler Basis das Beste für die Studierenden zu erreichen.

.. ein Zusammenschluß von aktiven Fachschafflern.

Unsere Mitglieder sind zum größten Teil aktive Fachschaffler, d.h. sie engagieren sich für den Service von Studierenden für Studierende und vertreten die Interessen von Studierenden an ihren Fakultäten.

Wir stehen für...

.. mehr Pragmatismus in der Hochschulpolitik.

Wir wollen keine parteiideologisch bedingten Grabenkämpfe führen, sondern durch einen pragmatischeren Umgang eine bessere Vertretung der Studierenden erreichen.

..bessere Vertretung von Themen aus den Fachschaften.

Durch unsere Basis in den Fachschaften wollen wir dazu beitragen, die Kommunikation zwischen Studierenden und ihren uniweiten Vertretern zu verbessern.

Wir setzen uns ein ...

.. für ein größeres Mitspracherecht der Studierenden.

Wir sind für die Wiedereinführung einer verfassten Studierendenschaft mit politischem Mandat. Die derzeitige Abhängigkeit von der "Duldung" politischer Aktivitäten durch die Universität ist auf Dauer kein erstrebenswerter Zustand.

.. für ein finanzierbares, gebührenfreies Studium.

.. für bessere Information der Studierenden über hochschulpolitische Themen.

.. für eine Beibehaltung des Datenschutzes auf hohem Niveau gegen derzeitige Trends.

.. für sinnvolle Reformen in der Lehre.

Gerade bei neuen Schlagworten wie Bachelor und Master wird durch die Verantwortlichen in Hochschule und Politik viel heiße Luft produziert. Den Studentierenden helfen jedoch keine mit heißer Nadel gestrickten neuen Studiengänge, sondern eine sinnvolle Reform der existierenden und gut durchdachte, interessante neue Angebote.

.. für eine bessere Lehramtsausbildung.

Die Lehramtsausbildung glänzt derzeit mehr durch eine chaotische Organisation und fehlerhafte Informationsquellen als durch durchdachte Konzepte. Dies wird ihrer zentralen Bedeutung in unserer Gesellschaft nicht gerecht. Denn schließlich müssen die Lehramtstudenten von heute die Studenten von morgen ausbilden.



Philipp Glaser



Freddy Pol



Richard Marbach



Arthur Kleer

*UStA

Uni Karlsruhe

DruckereibeauftragteR

Der Unabhängige
Studierendenausschuß
sucht für seine Druckerei
eine(n) neue(n)
DruckereibeauftragteN

- Der etwas alternative
Soft Skill Erwerb!

- Ausnahmen sind bei uns
die Regel!

- Studium ist schön, aber
wo ist die Praxis?
Bei uns!

- Handfeste Technik
in Aktion

Was wir brauchen:

Der SSV sucht für seine Druckerei einen neuen Druckereibeauftragten. Wir haben eine kleine Druckerei auf dem Campus (AKK Westeingang) mit einer Offset Druckmaschine und ein Risograph Drucker. Unsere Druckerei ist dafür ausgelegt für den UStA und die Fachschaften Publikationen herzustellen. Zu unseren Produkten gehören das ErstInfo, Programmhefte, U-Mag, Klausursammlungen, SozialInfo, Fachschaftshefte.

Was Du können oder erlernen solltest:

Kunden Anwerben, Angebote erstellen, Aufarbeiten der Druckaufträge für die Drucker, Koordination der DruckerInnen untereinander und mit dem UStA, Beschaffung und Lagerhaltung der Druckmaterialien, Rechnung/Lohnkalkulation, Zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Produktpalette

Was Du bekommst:

Es gibt ein Grundgehalt von 220 Euro. Bei sehr guter Druckauftragslage ist eine Gewinnbeteiligung vorgesehen. Eine nette persönliche Arbeitsumgebung mit eigenem Arbeitsplatz ist Dir sicher.

UStA Uni Karlsruhe Tel: 608-8460 Mail: usta@usta.de oder direkt im Büro 11.00 - 16.00 Uhr



Frauen an der Uni

Die Frauenreferentinnen stellen sich und ihr Referat vor

von Patricia Sulzbach und
Verena Müller

Definition: Die Frau [frau] gehört zu der Gattung der homo sapiens, so wie der Mann (geschlechtliches Gegenstück) von dem sie sich vor allem durch typische körperliche Merkmale wie den Knochenbau unterscheidet.

In den letzten Jahrhunderten wurde die Frau immer stärker in ihrem Verbreitungsraum eingeschränkt bis sie schließlich fast nur mehr in den Küchen zu finden waren. Doch durch ihre Durchsetzungsfähigkeit ist die gemeine Frau mittlerweile wieder bis an die technischen Universitäten vorgezogen und behauptet sich dort aufgrund ihrer enormen Anpassungsfähigkeit. Denn da sie hier immer noch eine Minderheit darstellt, ist es für sie sehr schwierig sich zu tarnen. Durch ihre auffallenden körperlichen Merkmale, zieht sie, besonders wenn sie in Rudeln auftritt die Aufmerksamkeit anderer Lebewesen auf sich.

Daher muss sie sich schon sehr früh wirksame Abwehrmechanismen aneignen, um nicht gefressen zu werden.

Frauen VV

NEIN!!! Es war tatsächlich kein Witz und kein Werbegag um die Vollversammlung aller Studierenden zu bewerben!

Trotz diesen Missverständnissen hat eine Gruppe mutiger Frauen den Weg zur neuen Mensa und zur Frauen Vollversammlung gefunden.

Im Anschluss an die VV aller Studierenden trafen sich ca. 25 Studentinnen, um die Wahlliste zur kommenden Wahl im Januar aufzustellen. Das Ergebnis sind zwei Kandidatinnen, die sich für den Posten der Frauenreferentin aufstellen lassen. Verena Müller und Patricia Sulzbach wurden bereits kommissarisch vom StuPa eingesetzt und erleben jetzt schon das Frauenreferat.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der VV war der Informations- und Erfahrungsaustausch. Es wurden Probleme angesprochen wie beispielsweise Campussicherheit und sexuelle Belästigung. Offensichtlich besteht hier dringender Handlungsbedarf.



Desweiteren wurde der Wunsch nach der Wiedereröffnung des Frauencafés geäußert, was die Frauenreferentinnen versprochen und auch direkt umsetzten, da sie natürlich von den Ideen und dem Feedback der Studentinnen profitieren.

Das Frauenreferat hat ein Gesicht!!

Na ja, eigentlich zwei Gesichter: Nämlich die von Patricia Sulzbach und Verena Müller.

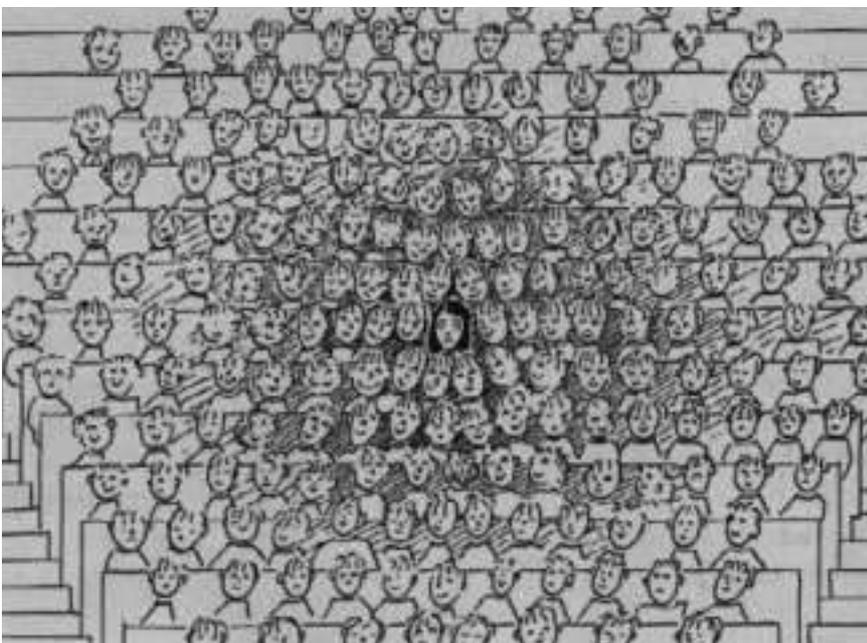
Leider wussten bislang viele nicht, dass es im UStA überhaupt ein Frauenreferat gibt. Als kommissarisch eingesetzte Referentinnen haben Patricia und Verena sich jetzt aber zur Aufgabe gemacht diesen Zustand zu ändern.

Also, WER und WAS verbirgt sich hinter dem Frauenreferat?

Verena Müller

Hallo, Ich bin die Verena und somit ein Teil des Frauen-Teams. Ich bin vor gut einem Jahr in Karlsruhe gelandet und studiere nun im 3. Semester Pädagogik und Soziologie.

Mir ist es vor allem wichtig vorhandene Probleme offen zu legen und diese dann auch zu thematisieren. Viel zu viele Missstände an der Universität aber auch im privaten Leben werden einfach so hingenommen. Zwar als störend empfunden aber „es ist ja nicht so





Verena Müller

schlimm. Da sag ich mal lieber nichts“.

Warum nicht? Weil es normal ist beim Arbeiten oder in Vorlesungen dumm von der Seite angemacht zu werden? Ist nicht mehr so?! Doch! Unter anderem dafür muss auch bei den Frauen wieder ein Bewusstsein geschaffen werden, dass das nicht sein muss. Wenn man sich 5 Minuten Zeit nimmt und in seiner Erinnerung nach Situationen kramt, weiß man wieder, warum ein Frauenreferat wirklich notwendig ist!!!

Aber da warten noch ganz andere spannende Aufgaben:

Beispielsweise tun sich Frauen schwerer als Männer, sich in Diskussionen zu behaupten oder sie fühlen sich in Arbeitsgruppen oder Seminaren, in denen sie die einzigen weiblichen Teilnehmerinnen sind, irgendwie unwohl. Aber das kann man durch entsprechendes Training lernen zu ändern...

Es gibt viel zu tun und ich freue mich darauf die Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Patricia Sulzbach

Ich bin also Patricia, studiere Bauingenieurwesen im dritten Semester und in meinem Unialltag ärgere ich mich über sexistische Professoren und, dass man in manchen Gebäuden schneller ein Behindertenklo



Patricia Sulzbach

findet als eines für Frauen. Für mich ist es wichtig, dass mehr interessierte, junge Frauen den Weg in einen technischen Studiengang finden.

Nach dem WER bleibt nun noch das WAS

Wir sehen unsere wichtigste Aufgabe darin, präsent zu sein, d.h. wir sind Ansprechpartner egal um was es geht!

Mit Selbstverteidigungskursen und sinnvollem Einsatz des Campussicherheitsdienstes wollen

wir dafür sorgen, dass sich die Studentinnen auf dem Campus angstfrei bewegen können.

Gerade in den technischen Studiengängen ist die Frauenquote nicht nur an der Uni sehr niedrig, sondern auch im späteren Berufsleben werden sich die Meisten in Männerdomänen durchsetzen müssen. Wir wollen Studentinnen die Möglichkeit bieten sich darauf möglichst gut vorzubereiten, z.B. durch Erfahrungsaustausch mit Professorinnen und Ingenieurinnen, die den Sprung in ihre Karriere geschafft haben.

Auf Wunsch der Frauen VV wurde nun auch das Frauencafé wiedereröffnet. Dieses soll den Studentinnen die Möglichkeit bieten, sich untereinander auszutauschen, zu diskutieren, oder einfach nur in netter Gesellschaft freie Zeit zu verbringen. Außerdem soll hier eine Anlaufstelle geschaffen werden, an der Probleme diskutiert und Lösungen gefunden werden können.

Frauencafé/ Sprechzeiten: Jeden **Donnerstag** von **11.00 -15.00 Uhr** im UStA/Frauenreferat oder Mail an frauen@usta.de, Tel: 0721 / 608-8460



Unser neuer Finanzer

Andreas Kosmider stellt sich vor

Hallo liebe Studies, ich bin Andreas, der neue Finanzer.

Ich bin 23 Jahre alt und studiere Physik auf Diplom im siebten Semester. Vor kurzem erst zog ich aus Münster in eure schöne Stadt und bin soweit begeistert. Wo kann ich helfen?

Als Finanzreferent werde ich mich damit beschäftigen dem Rest des Teams den Rücken freizuhalten und

all unsere Angebote für Euch möglichst günstig zu gestalten. Nur das wir uns nicht missverstehen, von mir gibts kein Geld. Wenn Ihr mir helfen wollt, dann kauft Euch 'ne Beitragsmarke. Erreichen könnt Ihr mich unter finanzen@usta.de.



Andreas Kosmider

Boycott-FAQs

Informationen zum Boycott der Studiengebühren an der Universität Karlsruhe

Was wird boykottiert?

Unter Missachtung des internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte [1] hat das Land Baden-Württemberg zum Sommersemester 2007 allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester für nahezu alle Studierenden eingeführt.

Die Studierendenvertretungen in Baden-Württemberg fordern die Rücknahme dieses völkerrechtswidrigen Gesetzes. Dieses Ziel wird sowohl über einen sofortigen Boycott der Studiengebühren als auch durch Klagen vor den zuständigen Gerichten angestrebt. Sinn des Boycotts ist politischen Druck zu erzeugen, um die Landesregierung zur Rücknahme des Landeshochschulgebührengesetzes (LHGebG) [2] zu zwingen.

Wer organisiert den Boycott?

Die Studierendenvertretungen in Zusammenarbeit mit Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälten. An der Universität Karlsruhe ist das der Unabhängige Studierendenausschuss (UStA) mit Unterstützung von Herrn Rechtsanwalt Rainer Hasenbeck aus Ettlingen [3]. Der UStA vertritt bei Verhandlungen mit der Hochschule oder der Landesregierung die Studierendenschaft.

In Karlsruhe nehmen alle sechs

Hochschulen am Boycott teil, landesweit zahlreiche weitere. Entsprechende Initiativen gibt es gleichzeitig auch in vielen anderen Bundesländern.

Wie kann man mitmachen?

Man überweist die 600 Euro (500 Euro Studiengebühren, 40 Euro Verwaltungsgebühr, 60 Euro Studentenwerksbeitrag) auf das Treuhandkonto unter Angabe von Vorname, Nachname und 13-stelliger Kennung im Verwendungszweck sowie der Bemerkung "AGB akzeptiert". Diese Kennung erhält man, indem man sich auf der Selbstbedienungsseite der Uni einloggt (frcard.uni-karlsruhe.de) und zum Punkt "Bezahlen und Rückmelden" geht.

Wann geht es los?

Ab der 4. Januarwoche wird die Bankverbindung bei der Sparkasse Karlsruhe und die allgemeine Geschäftsbedingung vom UStA auf der Webseite www.usta.de, sowie durch Aushang und Verteilung von gedrucktem Informationsmaterial an der Universität, veröffentlicht. Ab diesem Zeitpunkt sind Einzahlungen möglich.

Wozu sammelt man das Geld auf einem Treuhandkonto?

Das Treuhandkonto dient zur Fest-

stellung der Anzahl der TeilnehmerInnen am Boycott, so wird ermittelt ob das Quorum erreicht ist. Weiter wird durch das Treuhandkonto nach außen sichtbar, dass ein großer Teil der Studierendenschaft gemeinsam und geschlossen gegen das neue Gesetz vorgeht. Die Masse und die Geschlossenheit minimieren die Risiken der TeilnehmerInnen.

Was passiert mit dem Geld?

Am Stichtag, dem 23. März 2007, also kurz vor Ablauf der Rückmeldefrist (31. März 2007), wird die Mindestteilnehmerquote (Quorum) überprüft.

Dann gibt es folgende Alternative:

1. Das Quorum ist erreicht:

Eine Vollversammlung wird einberufen, um über das weitere Vorgehen und den Zeitpunkt der Rückzahlung der verwalteten Gelder zu beraten und abzustimmen. Der UStA tritt stellvertretend für die Studierenden in Verhandlungen mit der Landesregierung und gegebenenfalls der Universitätsverwaltung.

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 40 Euro und der Studentenwerksbeitrag in Höhe von 60 Euro werden auf jeden Fall fristgerecht bis zum 31. März 2007 an die Universitätskasse weitergeleitet.

2. Das Quorum ist nicht erreicht:

Die 500 Euro werden mit den 40 Euro Verwaltungsgebühr und den 60 Euro Studentenwerksbeitrag fristgerecht an die Universitätskasse überwiesen. Alle Teilnehmer sind zurückgemeldet, aber der Boykott gescheitert.

Unabhängig davon hat jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer jederzeit das Recht, unter Angabe des Namens und der Matrikelnummer, aber ohne Angabe von Gründen von der Teilnahme am Boykott zurückzutreten. Der eingezahlte Betrag wird innerhalb von zwei Wochen zurückgezahlt, soweit er nicht bereits ganz oder teilweise an die Universitätskasse weitergeleitet wurde.

Ist mein Geld sicher?

Das Treuhandkonto bei der Sparkasse Karlsruhe wird von Herrn Rechtsanwalt Rainer Hasenbeck aus Ettlingen betreut. Damit ist die Sicherheit des Geldes gewährleistet. Das Geld bleibt dein Eigentum, außer es wird im Falle des Scheiterns an die Uni überwiesen.

Wie viele müssen mitmachen/ Wie hoch ist das Quorum?

Auf der Vollversammlung wurde beschlossen [4], dass der Boykott dann durchgeführt wird, wenn mindestens eines der beiden folgenden Quoren erreicht wird:

1. Bis zum Stichtag haben mindestens 4500 Studierende der Uni Karlsruhe (ca. 25%) ihr Geld auf das Treuhandkonto überwiesen.
2. Zwei andere große baden-württembergische Hochschulen (je mindestens 3000 immatrikulierte Studierende) erreichen ihr Boykott-

quorum und bis zum Stichtag nehmen mindestens 3600 Studierende der Uni Karlsruhe teil (ca. 20%).

Was passiert mit den Zinsen?

Die Zinsen werden benötigt, um Anwalts-, Druck- und Materialkosten zu bezahlen. Sollte dennoch ein Überschuss entstehen, gehört dieser dem gemeinnützigen UStA Kasse e.V. und wird für soziale Zwecke der Studierendenschaft oder zur Förderung von Musterprozessen gegen Studiengebühren eingesetzt. Rechen-

chen Protestes mussten oft neu verabschiedete Gesetze zurückgenommen werden - das jüngste Beispiel sind die zurückgenommenen arbeitsrechtlichen Vorschriften in Frankreich. Ein Gesetz kann nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden.

Gerade jetzt, während der Einführung des neuen Gesetzes, ist ein konsequentes gesellschaftliches Engagement besonders wichtig und aussichtsreich.

Ist die Teilnahme am Boykott rechtswidrig?

Wer eine öffentliche Leistung in Anspruch nehmen will, die dafür geforderten Gebühren jedoch nicht bezahlt, begeht damit keine Ordnungswidrigkeit und erst recht keine Straftat, sondern muss höchstens damit rechnen, die gewünschte Leistung nicht gewährt zu bekommen. Daher sind weder die Organisation des Boykotts noch die Teilnahme daran rechtswidrig.

Im Gegenteil bestehen verschiedene rechtliche Zweifel, ob die geforderte Gebühr überhaupt mit geltendem nationalem und internationalem Recht vereinbar ist.

Kann man für die Teilnahme am Boykott exmatrikuliert werden?

Grundsätzlich kann die Hochschule jede Person exmatrikulieren, welche die Voraussetzungen für die Rückmeldung nicht erfüllt. Dazu gehört auch die Zahlung der neuen Studiengebühr. Eine Exmatrikulation auf Grund von nicht bezahlten Studiengebühren kann niemals plötzlich, sondern erst nach mindestens einer Mahnung vollzogen werden.



schaft über die Verwendung der Gelder wird vor dem Studierendenparlament abgelegt; die Abrechnungen können von den Studierenden im UStA eingesehen werden.

Hat der Boykott noch einen Sinn?

Auf Grund massiven gesellschaftli-

Ist es wahrscheinlich, dass die TeilnehmerInnen exmatrikuliert werden?

Sollten wider Erwarten zu wenige Studierende am Boykott teilnehmen, d.h. das Quorum wurde nicht erreicht und die kompletten Beträge fristgerecht an die Universität überwiesen, ist keine Exmatrikulation möglich.

Wenn 25% der Studierenden teilnehmen, müsste die Universität ca. 4500 Studierende exmatrikulieren. Dies hätte zur Folge, dass das System der Mittelverteilung auf die einzelnen Hochschulen völlig zusammenbrechen würde, weil sich dieses maßgeblich auf die jeweiligen Studierendenzahlen stützt, das heißt die einzelnen Hochschulen bekommen pro StudentIn Mittel für Lehre und Forschung, die dann ausbleiben würden.

Zudem würde eine derart drastische Maßnahme enormes öffentliches Aufsehen erregen und das Ansehen der Landesregierung und der Universität nachhaltig schädigen. Da ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, dass mehr akademisch gebildete Kräfte gebraucht werden hat niemand Interesse daran, Studierende endgültig aus dem Studium zu drängen. Die Universitäten müssten nach Zwangsexmatrikulationen die dadurch ausgelösten Folgeprobleme bewältigen und Studierende zurückgewinnen. Folgen wären erhebliche verwaltungstechnische Probleme, welche die Behörden in der Praxis mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht bewältigen könnten. Betroffen und überfordert wären zum Beispiel folgende Verwaltungsbereiche: Studierendensekretariate, Universitätskassen, Prüfungsämter, Institute mit studentischen Hilfskräften, BAFöG-Ämter, Wohnheimverwaltungen, Finanzverwaltungen (Kindergeld etc.), Krankenkassen, Verkehrsbetriebe und weitere.

Insofern scheint eine Massenexmatrikulation in der Praxis nicht durchführbar.

Ist garantiert, dass die TeilnehmerInnen nicht exmatrikuliert werden?

Die TeilnehmerInnen handeln in eigener Verantwortung. Niemand - auch nicht der UStA oder unser Rechtsanwalt - kann eine Garantie abgeben. Der UStA wird sich im gesamten Verlauf der Aktion darum bemühen, die TeilnehmerInnen rückhaltlos, vorallem über bestehende Risiken zu informieren und diese zu minimieren. Informationen zu möglichen Risiken sind auf www.usta.de verfügbar. Generell können Fragen auch direkt an die Boykottberatung im Büro des UStA gestellt werden. Die Beratungszeiten sind auf www.usta.de veröffentlicht.

Wer kann nicht am Boykott teilnehmen?

Grundsätzlich sind alle Studierenden aufgerufen, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und am Boykott teilzunehmen. Es gibt jedoch einzelne Ausnahmen, in denen der UStA von einer Teilnahme abrät, weil das persönliche Risiko zu hoch ist. Zum Beispiel gilt dies für ausländische Studierende aus Nicht-EU-Staaten, welche die Immatrikulationsbescheinigung für die Verlängerung ihres Visums (Aufenthaltserlaubnis) benötigen und durch Abschiebung bedroht wären.

Wer einen Studienkredit bei der L-Bank aufnimmt, kann leider nicht direkt am Boykott teilnehmen, da die Bank das Geld direkt an die Universität überweist, es bestehen jedoch trotzdem Möglichkeiten zur Unterstützung des Boykotts (näheres unter www.usta.de).

Über eventuelle weitere Gründe wird der UStA laufend auf seiner Webseite www.usta.de informieren.

Bekommt man rechtzeitig eine Immatrikulationsbescheinigung fürs Bafög-Amt?

Da die Immatrikulationsbescheinigungen erst nach der Überweisung des Semesterbeitrages verschickt werden, erhält man diese erst nach Erfolg oder Scheitern der Boykottkampagne. BAFöG-Anträge können allerdings auch ohne Abgeben der I-Bescheinigung gestellt werden, unter dem Hinweis, diese nachzureichen. Dieses muss dann innerhalb einer vorgegebenen Frist geschehen, die gegebenenfalls auch noch einmal verlängert werden kann. Da BAFöG-Anträge aber meist im WS gestellt werden und ein Jahr gelten, gibt es damit nur in Ausnahmefällen ein Problem.

Wo kann man sich weiter informieren?

Weitere Informationen zum Boykott in Karlsruhe und Gutachten zum Thema Studiengebühren sind auf www.usta.de zugänglich bzw. verlinkt, es gibt darüber hinaus auch die Möglichkeit die Boykottberatung im UStA-Büro zu den auf der Website veröffentlichten Öffnungszeiten in Anspruch zu nehmen, vor allem bei individuellen Problemen und Fragen. Informationen zum bundesweiten Boykott sind auf www.boykottinfo.de erhältlich.

[1] Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966. In Deutschland wurde der Vertrag am 24.11.1973 ratifiziert und gilt seit dem als Bundesgesetz (vgl. Art. 2 und 13).

In Deutsch: www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Menschenrechte/Download/IntSozialpakt.pdf

Original: http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/a_ceschr.htm

[2] www.mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/studium/studiengebuehren/Gesetz_z_LHsgG.pdf

[3] Rechtsanwalt Rainer Hasenbeck, Lüdersstr. 1, 76275 Ettlingen

[4] http://www.usta.de/standard.php/Politik/Boykott/VV_Boykottbeschluss.pdf

Solidaritätserklärungen von GEW, ...

GEW unterstützt Boykott der Studiengebühren

Pressemitteilung der GEW Baden-Württemberg

Stuttgart - Die Bildungsgewerkschaft GEW unterstützt den Boykott von Studiengebühren und ruft alle Studierende auf, die Studiengebühren auf Treuhandkonten zu überweisen. „In Nordrhein-Westfalen sind nach der Einführung von Gebühren bereits die Studierendenzahlen gesunken. Studiengebühren werden dazu führen, dass viele Studierende länger für ihre Ausbildung brauchen sowie später und mit Schulden ins Berufsleben starten. Deshalb sind Studiengebühren nicht nur unsozial, sondern gleichzeitig auch familienfeindlich“, sagte am Freitag (15.12.) in Stuttgart Rainer Dahlem, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). In Baden-Württemberg haben Studierende an den meisten Hochschulen beschlossen, die Zahlung von Studiengebühren zu boykottieren und die 500 Euro pro Semester auf Treuhandkonten einzuzahlen. Die Bildungsgewerkschaft GEW macht sich dafür stark,

dass Bildung unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ein Grundrecht für alle Menschen bleibt. Das Erststudium soll gebührenfrei sein. An vielen Hochschulen in Baden-Württemberg haben die Studierendenvertretungen Treuhandkonten eingerichtet, das von Anwälten betreut wird. Auf dieses Konto sollen die Studierenden die 500 Euro Gebühren pro Semester überweisen. In Baden-Württemberg gibt es 283.000 Studierende. Die GEW warnt die Hochschulleitungen, auf Studierende Druck auszuüben und mit Exmatrikulation zu drohen. „Die Rektoren sollten die Sorgen der Studierenden ernst nehmen und gemeinsam mit ihnen neue Verhandlungen mit der Landesregierung über die Einführung von Studiengebühren aufnehmen“, sagte Dahlem.

Studiengebühren - 19.000 Euro Schulden drohen

Bei Studiengebühren von 500 Euro pro Semester drohen Schulden in Höhe von 19.000 Euro. Bei zwölf



Semestern Studium fallen 6.000 Euro Studiengebühren an. Mit einem Kredit der LBank können bei einem Effektivzins von 6,4 Prozent und einer kleinen Tilgungsrate 19.081 Euro Schulden entstehen.

Wir brauchen mehr Studierende

„Deutschland ist im internationalen Vergleich das Land, in dem der Bildungserfolg am stärksten durch die soziale Herkunft bestimmt wird. Durch Studiengebühren wird sich dieser alarmierende Zustand weiter verschärfen. Wir brauchen mehr und nicht weniger Studierende. Durch die Einführung von Studiengebühren werden junge Menschen vom Studium abgehalten“, so Rainer Dahlem.

Weitere Informationen: www.gew-bw.de

... Grünen ...

Grüne fordern Dialog mit Studierenden

Pressemitteilung vom 14.12.06

MdL Gisela Splett und MdL Renate Rastätter: Statt Drohung Auseinandersetzung mit Kritik an Studiengebühren

Die Grünen Landtagsabgeordneten Gisela Splett und Renate Rastätter halten die Kritik der Studierenden am Studiengebührenmodell der Landesregierung für berechtigt. Die Beschlüsse für einen Studiengebührenboykott an Karlsruher Hochschulen zeigen, wie groß der Widerstand unter den Studierenden gegen die Studiengebühren ist. „Auch wir lehnen die von CDU und FDP durchgesetzten allgemeinen

Studiengebühren ab. Sie erschweren den Zugang zum Studium und verschärfen die soziale Benachteiligung. Außerdem tragen sie wenig zur Verbesserung der Studienbedingungen bei“, betonen die beiden Grünen Landtagsabgeordneten. Was außerdem fehle, sei eine Verknüpfung mit mehr Einfluss für die Studierenden. Splett und Rastätter haben deshalb großes Verständnis für die Proteste der Studierenden an den Hochschulen. „Von Minister Frankberg erwarten wir, dass er mit Ihnen in einen Dialog tritt, statt den Studierenden mit Exmatrikulation zu drohen.“ Was



gefragt sei, seien neue Ansätze zur Verbesserung der Studienbedingungen. Die Erhebung allgemeiner Studiengebühren sei jedenfalls der falsche Weg, um die Hochschulen zukunftsfähig zu machen, soziale Gerechtigkeit zu schaffen und die Anzahl der AbsolventInnen zu erhöhen. „Das Erststudium muss gebührenfrei bleiben“, so die beiden Karlsruher grünen MdL's abschließend.

... und SPD

SPD Baden-Württemberg hält Boykott für "wichtiges Zeichen gegen Bildungsfeindlichkeit"

Pressemitteilung der SPD in Baden-Württemberg

Die SPD Baden-Württemberg hält den heute von Studierenden der Universitäten Karlsruhe und Tübingen beschlossenen Boykott gegen die von der CDU/FDP-Koalition neu eingeführten allgemeinen Studiengebühren für ein „wichtiges Zeichen gegen die Bildungsfeindlichkeit“ der Landesregierung. „Die Studenten haben völlig Recht, sich gegen die unsoziale Bildungspolitik und ideenlose Hochschulfinanzierung von Oettinger und Frankenberg zu wehren“, erklärte SPD-Generalsekre-

tär Jörg Tauss. „Ihnen gehört unsere Solidarität.“ Mit den allgemeinen Studiengebühren auf das Erststudium befördere die Landesregierung die soziale Auslese an den baden-württembergischen Hochschulen und belaste Studierende aus weniger begüterten Familien und Mittelstandsfamilien mit teuren Krediten. „Es gibt nach wie vor kein Studiengebührenmodell, das soziale Auslese verhindert. Das Modell der Landesregierung befördert diese aber auch noch in schwerwiegender Weise“, so Tauss. Der SPD-General betonte, allge-

meine Studiengebühren wirkten insbesondere auch dem Zuwachs an hochqualifizierten Fachkräften entgegen, der angesichts einer zunehmend wissensbasierten Wirtschaft und dem Umbruch in die Wissensgesellschaft dringend benötigt werde. Tauss: „Wir sind auch aus volkswirtschaftlicher Sicht darauf angewiesen, alle Bildungsreserven zu nutzen, die wir haben – unabhängig von der sozialen Herkunft der jungen Menschen. Was die Landesregierung treibt, ist unsozial und bildungsfeindlich.“

Berliner Rede des Bundespräsidenten

Bundespräsident Horst Köhler fordert mehr Geld für Bildung

Auszug aus der Berliner Rede des Bundespräsidenten vom 21.09.2006

Und: Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat im Vergleich zu dem Kind eines Akademikerpaars nur ein Viertel der Chancen, aufs Gymnasium zu kommen. Die Ursachen dafür mögen vielschichtig sein; der Befund ist beschämend. Bildungschancen sind Lebenschancen. Sie dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Darum werde ich immer auf der Seite derer sein, die leidenschaftlich eintreten für eine Gesellschaft, die offen und durchlässig ist und dem Ziel gerecht wird: Bildung für alle.

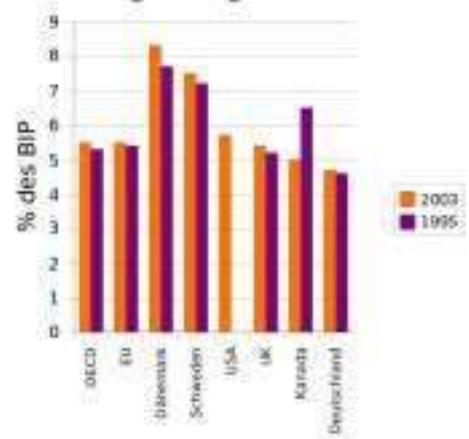
Auf dieses Ziel müssen wir hinarbeiten. Und es gibt ja viel Gutes, an das wir anknüpfen können. Engagierte Pädagogen machen immer noch das Beste auch aus schwierigen Bedingungen, und deutsche Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen bringen immer noch Spitzenleistungen hervor. Aber mit "immer noch" dürfen

wir uns nicht länger zufrieden geben. Gerade in Sachen Bildung müssen wir im Interesse aller viel ehrgeiziger sein. Konzentrieren wir uns also auf das Wesentliche. Konzentrieren wir uns auf Bildung.

Deutschland steht nicht zum ersten Mal vor einer solchen Herausforderung. Vor 200 Jahren half Wilhelm von Humboldt, sein Land - Preußen - aus Rückständigkeit und Unfreiheit zu führen. Er entwickelte ein neues Bildungsideal, er weckte Begeisterung dafür und er entwarf ein Bildungswesen auf der Höhe der Zeit. Das schuf zugleich die Grundlagen für den Aufstieg Deutschlands zu einer der führenden Wissensnationsnationen. Klare Bildungsziele, ein Klima der Bildungsfreude und ein modernes Bildungswesen - diesen Dreiklang brauchen wir heute wieder.[..]

Gute Bildung stellt den ganzen Menschen in den Mittelpunkt. Diese Erkenntnis finden wir bei Humboldt

Bildungsausgaben am BIP



aus einer OECD-Studie von 2005

und Kant, bei Goethe und Pestalozzi. Der Blick auf das Individuum - das muss auch heute unser Ausgangspunkt sein. Gute Bildung geht nicht in erster Linie von gesellschaftlichen Bedürfnissen oder den Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes aus. Zuerst hilft gute Bildung uns, das zu entwickeln, was in jedem einzelnen von uns steckt; was uns von Gott gegeben ist.

Dieser Weg steht allen offen - dem Hauptschüler genauso wie dem Abiturienten, dem Jugendlichen genauso wie dem Rentner. Jeder kann etwas, und jeder braucht die Chance, sich durch Bildung weiter zu entwickeln und mehr aus dem eigenen Leben zu machen. Bildung bedeutet nicht nur Wissen und Qualifikation, sondern auch Orientierung und Urteilskraft. Bildung gibt uns einen inneren Kompass. Sie befähigt uns, zwischen Wichtig und Unwichtig und zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. [...]

Übrigens ist auch Demokratie auf Bildung angewiesen. Unsere freiheitliche Gesellschaft lebt davon, dass mündige Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für sich und für das Gemeinwohl übernehmen. Eine Diktatur kann sich ungebildete Menschen leisten - nein: sie wünscht sich die sogar. Eine Demokratie dagegen braucht wache und interessierte Bürger, die Ideen entwickeln und Fragen stellen. Wo die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, da kann es nicht gleichgültig sein, in welcher geistigen Verfassung sich das Volk befindet. Und: Wer Populisten, Extremisten und religiösen Fanatikern widerstehen soll, braucht dafür Bildung.[...]

Wenn es um Bildung geht, muss auch über Geld gesprochen werden. Das war übrigens schon zu Humboldts Zeiten so. Seine Heimat, Preußen, war damals von Napoleon besiegt, war halbiert und finanziell ausgeblutet. Aber Preußen und später ganz Deutschland wurde ein "Schulstaat" - gegen alle Widerstände von Eltern, die glaubten, das Leben sei ihren Kindern Lehrmeister genug; gegen den Widerstand der Städte und Gemeinden, denen ganzjährige statt der bisherigen "Winterschulen" zu teuer waren; gegen den Widerstand von Unternehmern, die von Kinderarbeit profitierten. Hier in Berlin waren die Volksschulen 1840 noch vierklassig und kosteten Schul-



Bundespräsident Horst Köhler

geld, 15 Jahre später waren sie achtklassig und schulgeldfrei. Das Gymnasium wurde aus dem Muff der alten Lateinschulen neu erschaffen, und Preußen gründete die Berliner Universität, die heute Humboldts Namen trägt.

Und was ist uns heute Bildung wert? Nur jeder zehnte Euro, den die öffentliche Hand in Deutschland ausgibt, fließt ins Bildungssystem. Bei den Ausgaben für die allgemeinbildenden Schulen liegen wir deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder, und der Abstand hat über die letzten Jahre zugenommen.

Warnen möchte ich in diesem Zusammenhang vor dem Trugschluss, wir könnten das Problem durch eine bloße Umverteilung innerhalb der Bildungsausgaben lösen. So richtig es ist, dass wir mehr Geld für frühkindliche Bildung und Erziehung ausgeben müssen, so falsch wäre es, dafür beispielsweise die Hochschulausgaben zu kürzen. Wir brauchen angemessene Finanzmittel für alle Bereiche des Bildungswesens, denn unsere Bildungsausgaben sind insgesamt zu niedrig. Für genauso kurzfristig halte ich die Vorstellung, man könnte sinkende Schülerzahlen zum

Anlass nehmen, um die Ausgaben für Schule und Bildungswesen zu kürzen. Der demographische Wandel muss für die Schule, für das Bildungswesen, als zusätzliche Chance genutzt werden. Sinkende Schülerzahlen eröffnen finanzielle Spielräume und neue Gestaltungsmöglichkeiten. Machen wir was daraus!

Ich weiß um die schwierige Kassenlage der Länder, und ich kenne die Nöte der Haushaltspolitiker. Aber ohne ausreichende und effektive Bildungsausgaben wird der Weg zu gesunden Staatsfinanzen noch schwieriger.

Deshalb müssen wir den Mut

und die politische Kraft haben, anderes zugunsten der Bildung zurückzustellen. Bildung ist die wichtigste Investition, die unsere Gesellschaft und jeder Einzelne tätigen kann. Wer an der Bildung spart, spart an der falschen Stelle. "Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung - keine Bildung." (John F. Kennedy)

Ich bin in unserem Land vielen Menschen begegnet, die lernen und etwas aus sich machen wollen. Ich habe mit Schülern und Lehrern, mit Studenten und Professoren, mit Azubis und Handwerksmeistern gesprochen, die eine genaue Vorstellung davon haben, was sie sich von Bildung erhoffen, was sie persönlich dafür leisten wollen und wo es in unserem Bildungswesen noch hakt. Alle diese Menschen haben Anspruch darauf, dass unser Land die besten Voraussetzungen für Bildung schafft.

Dafür kommt es auf uns alle an, auf unsere Einstellung, auf unsere Anstrengung, auf unser Vorbild. Bildung für alle - das gelingt am besten, wenn sich alle dafür einsetzen, wenn wir alle uns bewegen. Was hindert uns? Auf geht's!

Wer macht mit?

Übersicht über die am Boykott teilnehmenden Hochschulen

Ort	Hochschule	Organisation
Baden-Württemberg Karlsruhe Freiburg Mannheim Tübingen Stuttgart	Universität Hochschule Päd. Hochschule Hochschule für Gestaltung Akademie der bildenden Künste Musikhochschule Universität Päd. Hochschule Hochschule Universität Universität	UStA; Anti500 AStA, Anti500 AStA, Anti500 AStA, Anti500 AStA, Anti500 AStA, Anti500 UStA; AStA UStA; AStA AStA; Fachschaften Fachschaften FaVeVe; AK Bildung
Bayern Würzburg München	Universität (noch offen) LMU (noch offen)	
Hamburg Hamburg	Universität Techn. Universität HCU HAW Hochschule für bildende Künste	AStA; Arbeitskreis Arbeitskreis Boykott
Niedersachsen Braunschweig Hannover Hildesheim/Göttingen Lüneburg Oldenburg Osnabrück Vechta Clausthal	Techn. Universität Hochschule für bildende Künste Universität Fachhochschule TiHo HMT Med. Hochschule Universität HAWK Universität Universität Fachhochschule Universität Hochschule Techn. Universität	AStA; AK Gebührenboykott offene Gruppe; AStA AStA; AK Gebührenboykott AStA; Fachschaften AStA; Fachschaften AStA; offene Gruppe AStA Boykottgruppe offene Gruppe AStA; offene Gruppe
Nordrhein-Westfalen Bonn Dortmund Siegen Bochum Köln	Universität Universität Fachhochschule Universität Universität Universität Universität (noch offen)	Arbeitskreis Studiengebühren AStA AStA AStA; Fachschaften AStA; AK gegen Studiengebühren
In allen übrigen Bundesländern gibt es derzeit noch keine Studiengebühren. In den meisten sind diese jedoch in Planung!		

Eine kurze Geschichte des Nahostkonflikts

Der zweite Teil der Serie beschreibt die Geschichte von 1500 bis 1924

von Amer Baniodeh & Maximilian Schuster

... Fortsetzung aus dem letzten Heft
um 1500

Der Osmanen-Herrscher Selim I. erobert Palästina und Jerusalem, womit eine 400-jährige Herrschaft der Türken beginnt. Zu dieser Zeit leben in Jerusalem nur noch 4.000 Familien, darunter ganze 70 jüdischer Herkunft. Selims Sohn Suleiman teilt Palästina in vier Distrikte auf: Jerusalem, Safed, Nablus und Gaza. Viele Juden, vor allem aus Spanien, lassen sich in Safed nieder. Nach dem Tod Suleimans beherrschen Stammesführer und Räuberbanden Palästina. Bis 1800 bleibt Palästina eine vernachlässigte und verwüstete Provinz.

1818

Der amerikanische Präsident John Adams erklärt: »Ich wünsche den Juden wirklich in Judäa einen unabhängigen Staat.«

1831

Der Offizier Mohammed Ali reißt in Ägypten die Macht an sich und vertreibt die Osmanen aus Palästina. Durch Reformen in Wirtschaft und Verwaltung weckt er das Interesse europäischer Mächte an der Region. Neun Jahre später ist das Land aber wieder unter osmanischer Kontrolle. Der Sultan gerät aber in immer größere Abhängigkeit von westlichen Mächten.

1841

Orson Hyde, ein amerikanischer Mormonenpriester, besucht Jerusalem. Am Gipfel des Ölbergs spricht er das Land den Juden zu.

1843

In seinem Buch Die dritte Erlösung schreibt Rabbi Juda

Alkalai aus Belgrad, die Erlösung der Juden müsse durch menschliches Handeln erfolgen - und zwar mit Hilfe einer weltweiten Organisation des Judentums.

1851

Der italienische Philosoph und Politiker Benedetto Musolino spricht sich für eine Ansiedlung von Juden in Palästina aus, um so europäische Kultur in den Orient zu tragen.

1875

Henri Dunant, Gründer des Roten Kreuzes, ruft in London eine Gesellschaft zur Besiedlung Palästinas ins Leben.

1880

Unter dem Namen Chibbat Zion (»Liebe zu Zion«) gründen sich die ersten zionistischen Gruppen in Europa. Das Wort »Zion« meinte ursprünglich nur einen Hügel in Jerusalem, nach und nach aber das ganze biblische Land.

1882

Mit einer von Chibbat Zion organisierten Einwanderungswelle kommen mehrere Tausend Siedler nach Palästina. Dort leben zu diesem Zeitpunkt fast eine halbe Million Araber - die Mehrheit Muslime, eine Minderheit Christen. Reiche Juden aus Westeuropa (beispielsweise die Familie Rothschild) spenden in den folgenden Jahren etwa fünf Millionen Dollar für Palästina. In den folgenden 20 Jahren wandern 25.000 Juden nach Palästina ein. Leo Pinsker, ein Arzt aus Odessa, verlangt in seiner Broschüre Autoemanzipation die »Schaffung einer jüdischen Nationalität, eines Volkes, das auf seinem eigenen Boden lebt«. Die Juden sollten Geld sammeln, um sich eine neue Heimat zu kaufen.

1896

Der jüdische Journalist Theodor Herzl analysiert in seiner Schrift Der Judenstaat die Ursachen des Antisemitismus vor allem in Europa und kommt zu dem Schluss, dass die Ju-



den nur in einem eigenen Land sicher sein könnten. Er schreibt: »Wenn Seine Majestät der Sultan uns Palästina gäbe, könnten wir uns dafür anheischig machen, die Finanzen der Türkei gänzlich zu regeln.«

1899

In der Region um Tiberias führen jüdische Landkäufe zu ersten Spannungen zwischen Arabern und Juden.

1901

Auf dem 5. Zionistenkongress wird der Jüdische Nationalfonds gegründet. Er erwirbt Sumpfland und unbebaute Landstriche wie das Jesreel-Tal, das Hügelland in Galiläa und die Zugangsrouten nach Jerusalem. Jüdische Siedler machen das Ödland urbar.

1904 bis 1914

Der 7. Zionistenkongress verwirft den »Uganda-Plan«, wonach in Britisch-Ostafrika autonome jüdische Siedlungen hätten entstehen sollen, und beschäftigt sich nur noch mit einer Ansiedlung in Palästina. Es kommen über 40.000 Juden. Tel Aviv wird als rein jüdische Vorstadt von Jaffa gegründet. Als erste jüdische Verteidigungsorganisation soll Hachomer die neuen Siedlungen und Felder schützen. Hebräisch wird zur Sprache der jüdischen Gemeinschaft.

1914

In Palästina leben 85.000 Juden und 600.000 Araber. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs sind dort alle zionistischen Aktivitäten verboten. Zwangsrekrutierungen, Zwangsarbeitsdienst, drückende Steuern sowie die Beschlagnahme von Nahrungsmitteln und Besitz durch die herrschenden Türken treiben viele Juden aus dem Land.

1916

Frankreich und England teilen im Sykes-Picot-Abkommen den Nahen

Osten untereinander in Einflusszonen auf. Für Palästina ist eine internationale Verwaltung vorgesehen.

1917

Britische Truppen erobern Palästina von den Türken, womit 400 Jahre osmanischer Herrschaft über das Gebiet enden. Der britische Außenminister Arthur Balfour sichert dem Zionistenführer Baron Edmond James de Rothschild zu, seine Regierung betrachte »mit Wohlwollen eine nationale Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk« (Balfour-Deklaration).

Anteil der Juden an der Bevölkerung Palästinas: acht Prozent.

1918

Als Reaktion auf die Balfour-Deklaration wird in Jaffa ein Bund der Muslime und Christen gegründet - der Vorläufer der palästinensischen Nationalbewegung.

1919

Zionistenführer Chaim Weizmann unterzeichnet mit dem arabischen Führer Emir Feisal eine Vereinbarung »eingedenk der rassistischen Verwandtschaft und alten Bande, die zwischen den Arabern und dem jüdischen Volk bestehen«. Der Vertrag fordert »alle notwendigen Maßnahmen (...), um die Einwanderung von Juden nach Palästina in großem Stil zu ermutigen und anzuspornen«.

In den folgenden fünf Jahren kommen 35.000 jüdische Einwanderer nach Palästina, größtenteils aus Russland und Polen.

1920

Eine Konferenz arabischer Staaten in Damaskus proklamiert ein unabhängiges Großsyrien (einschließlich Palästina, Libanon und Transjordanien). Als Reaktion vertreiben französische Truppen den Herrscher und besetzen ganz Syrien. Der Völkerbund überträgt Frankreich das Mandat über Syrien und England

das Mandat über Palästina - mit der Auflage, die Balfour-Deklaration in die Tat umzusetzen.

Im Jesreel-Tal und am oberen Jordan legen jüdische Pioniere Sümpfe trocken, in Galiläa bauen sie Straßen durch das Bergland.

Amin al-Husseini, der Leiter des Arabischen Jugendclubs, organisiert die ersten landesweiten Demonstrationen gegen die Balfour-Deklaration. Im nördlichen Galiläa greifen Araber jüdische Siedlungen an. Als Reaktion wird die jüdische Militärorganisation Haganah gegründet.

1921

In der Hoffnung, dadurch den mächtigsten palästinensischen Familienklan zu besänftigen, wird Amin al-Husseini zum Großmufti von Jerusalem und zum Präsidenten des Obersten Muslimrates ernannt. Dieser jedoch nützt seine Macht, um die Muslime noch stärker aufzustacheln. Seine Losung lautet: Dschihad (»Heiliger Krieg«).

1922

Der 13. Zionistenkongress erklärt: »Wir haben den Wunsch, mit dem arabischen Volk in einem Verhältnis der Eintracht und der gegenseitigen Achtung zu leben und im Bunde mit ihm die gemeinsame Wohnstätte zu einem blühenden Gemeinwesen zu machen, dessen Ausbau jedem seiner Völker eine ungestörte nationale Entwicklung sichert.«

1924

In den folgenden vier Jahren kommen weitere 67.000 Juden nach Palästina.

Radikale Rechtszionisten fordern, den Arabern müsse »unmissverständlich klar gemacht werden, dass in Palästina nur die Juden Souveränität besäßen, und dass sie selber dort nur als nationale Minderheit geduldet würden«.

Fortsetzung folgt im nächsten Heft...

UniWinterfest - Karlsruhe rockt den Winter

von Yvonne Krieger

Am 27. Januar veranstaltet der UStA der Universität Karlsruhe ab 20 Uhr wieder sein alljährliches Winterfest in der Mensa.

Das Festkomitee der UStA Karlsruhe steckt momentan wieder bis zum Hals in Arbeit. Der Countdown läuft. Die Telefone stehen niemals still. Kaum aufgelegt, klingelt es schon wieder bei den Hauptorganisatoren des Unifest.

Nachdem das Line Up steht, es kommen Bands wie Emil Bulls, Sub7even, Samorra, Alev etc., geht es nun darum das Fest selbst dingfest zu machen. An aller erster Stelle steht nun das Suchen und Finden

von freiwilligen Helfern. Jede Mittagspause sitzen momentan Komiteemitglieder in der Mensa und versuchen ihre Mitstudenten zum Mithelfen zu animieren. Es gibt viel zu tun.

Aufbau, Abbau, Gaderobenbetreuung, Cateringausgabe oder die Arbeit hinter den Kulissen: das Verpflegen der Mitarbeiter. Heldenhafte Studenten trauen sich sogar die 36-Schicht zu. Was das ist? Einfach mal am Helferstand nachfragen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist das Finden von Securitys. Ohne diese wäre das Fest wohl auch gefährlicher.

Im Hintergrund läuft die alljährliche Organisation. Genehmigungen werden von der Stadt eingeholt.

Plakate sind im Druck und müssen Anfang Januar in der Stadt verteilt werden. Gleichzeitig wird ein Programmheft erstellt. Im Programmheft könnt ihr nähere Informationen über Bands und den Spielplan des Abends finden. Auch die einzelnen Bühnen sieht man dort auf einem kleinen Plan. Nach dessen Gestaltung, geht es zur Gestaltung der Eintrittskarten und beides dann ab in den Druck. Viel Arbeit und wenig Zeit, wenn man bedenkt. Da dies aber jedes Jahr wieder ansteht, hat das Festkomitee schon Routine. Und somit steht uns am 27. Januar wohl wieder einmal ein rockiger Abend bevor, auf den man sich definitiv freuen kann.

Anzeige

Helfer werden beim Unifest

Du findest das Unifest toll und willst mal es einmal von einer ganz anderen Seite kennenlernen?

Dann mach mit als Helfer. Du bekommst freien Eintritt für die erste Schicht die du übernimmst und für jede weitere Stunde, die du hilfst, bekommst du 8 Bons á 50 Cent.



Impressionen vom Aufbau: Das komplette Unifest wird von Studenten geplant und durchgeführt.



Helfer dürfen außerdem zwei Wochen nach dem Fest am legendären Helferfest teilnehmen. Das wollt ihr euch doch nicht entgehen lassen, oder?

USTA UNI KARLSRUHE PRASENTIERT

UNIFEST

27.1.2007

EMIL BULLS

SUB7EVEN

ALEV

SAMORRA

DESERT SUN

SABOTAGE

I-TRIP

AB 19.00

DISCO

LOUNGE

BURNOUT

60s SOUL

DANCEHALL



VVK : 8 EURO
(MENSALOYER,
MUSIKHAUS SCHLAILE)
ABENDKASSE: 10 EURO

WWW.USTA.DE/UNIFEST